

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 2,50 M.,
im voraus zahlbar. Vierteljahr 4,25 M.,
einjährlich 16 M., Postzeitungs- und
72 Pf. Postbeiträge für Ausland-
abonnenten 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentäg-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal. Die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, „Illustrierte Beilagen“, „Hoff
und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Frauen-
„Frauentimme“, „Technik“, „Bild in
die Bürgerwelt“, „Jugend-Vorwärts“
und „Stadtblatte“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompensations-
60 Pfennig. Restante 5.— Reichs-
markt. „Kleine Anzeigen“ das ein-
gedruckte Wort 25 Pfennig (zufällig zwei
seitgedruckte Worte), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Streifenwerbung das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
geschäft Lindenstraße 2 wochentägig
von 8^{1/2} bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher Dönhofs 292-297 Telegramm-Nr. Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Wallstr. 65. Dr. V. u. Disc.-Ges., Depostenkasse, Fernlokalenstr. 65/66.

Acht Prozent Lohnabbau!

Spruch des Sonderschlichters im Metallkonflikt. — Sonntag Funktionärkonferenz.

In später Abendstunde verkündete gestern der Sonderschlichter Dr. Böllers den mit Spannung erwarteten Schiedsspruch im Metallkonflikt. Im wesentlichen besagt der Spruch:

Die bisherigen Tarifmindestlöhne der über 18 Jahre alten Metallarbeiter werden mit Wirkung ab 3. November

um 8 Prozent gekürzt,

die Tarifmindestlöhne der Jugendlichen und der Arbeiterinnen um 6 Prozent. Die Akkordgrundlagen sollen im gleichen Ausmaße gesenkt werden. Das neue Lohnabkommen mit den reduzierten Tariflöhnen soll bis zu der Lohnwoche gelten, in die der 30. Juni 1931 fällt. Die Erklärungsfrist wurde auf Sonnabend, den 18. Oktober mittags 12 Uhr festgesetzt.

Die Begründung.

Gestern nachmittag um 1/5 Uhr wurden die Verhandlungen zur Schlichtung im Lohnkonflikt in der Berliner Metallindustrie wieder aufgenommen. Der Sonderschlichter hatte während der fünfzehnhalbündigen Verhandlungen fast nie die Vertreter beider Parteien zusammen, sondern verhandelte zumeist abwechselnd mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern.

Zur Begründung des Schiedsspruches führte der Sonderschlichter Dr. Böllers sinngemäß etwa folgendes aus:

Die Schlichtungskammer ist davon überzeugt, daß ein Lohnabbau zur Senkung der Herstellungskosten der Wirtschaft unbedingt erforderlich ist. Sie ist ferner der Auffassung, daß durch einen Lohnabbau der Arbeitslosigkeit gesteuert werden kann. Die Schlichtungskammer halte es für sozialpolitisch richtiger, die Löhne, die in Zeiten guter Konjunktur festgesetzt worden sind, zu senken, als sie zu halten und dadurch die Arbeitslosigkeit weiter zu steigern. Den Anträgen der Unternehmer, die Löhne um 15 Proz. abzubauen, konnte nicht entsprochen werden.

In der Frage der Arbeitszeitverkürzung konnte die Schlichtungskammer, so führte der Sonderschlichter Dr. Böllers aus, keine Entscheidung treffen, da die Arbeitszeit in dem noch geltenden Manteltarifvertrag geregelt ist und ein Eingriff in einen noch bestehenden Tarifvertrag gesetzlich unzulässig sei.

Hinsichtlich der Wiedereinstellung von Arbeitslosen in den Produktionsprozeß auf dem Wege der Arbeitszeitverkürzung empfahl der Sonderschlichter den Parteien, in direkte Verhandlungen zu treten. Im gleichen Atemzuge empfahl er jedoch den Parteien, bei etwa notwendig werdenden Arbeiterentlassungen Verhandlungen aufzunehmen zur Streckung der Arbeit. Eine Begründung für diese widersprechende Empfehlung gab der Sonderschlichter nicht.

Mit diesem Schiedsspruch beschließt sich am Sonntag, vormittag um 10 Uhr, im Saalbau Friedrichshain eine Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre aus den Betrieben des Verbandes Berliner Metallindustrieller.

Ein Signal.

Der Sonderschlichter im Berliner Metallkonflikt hat getan, was er sollte. Er hat die große Lohnabbauoffensive eröffnet. Er hat einen Spruch gefällt, der die Löhne der Berliner Metallarbeiter um 8 Prozent herabsetzt. Die Unternehmerforderung nach 15 Prozent Lohnabbau ist nicht ganz durchgedrungen — aber was besagt dies gegenüber der Tatsache, daß der Schlichter sich die Unternehmerbegründung für den Lohnabbau zu eigen gemacht hat, daß er die Lohnsenkung sanktioniert, daß er den Berliner Metallarbeitern 8 Prozent ihres bisherigen Lohnes wegnimmt! Durch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversiche-

rung haben die Arbeiter vom 6. Oktober ab bereits 1 Prozent ihres Lohnes eingebüßt. Macht zusammen 9 Prozent.

Acht Prozent Lohnabbau! Ein erheblicher Teil der Berliner Metallarbeiter leistet Kurzarbeit. Er arbeitet nur vier Tage in der Woche und verdient nur vier Tage. Von dem kümmerlichen Lohn, der ihm verbleibt, nehmen die Unternehmer einen Zehnten — angeblich zur Rettung der Wirtschaft, in Wahrheit zur Stärkung ihrer Macht und ihres Reichtums!

Dieser Schiedsspruch ist ein Signal. Was in Berlin begann, soll mit Hilfe der von der Reichsregierung instruierten Schlichter im ganzen Reich fortgesetzt werden. Im nordwestlichen Industriegebiet besteht der gleiche Konflikt wie in Berlin. Dort wird am Ende des Monats die Entscheidung fallen. Die Berliner Entscheidung wird den Willen des Unternehmertums zum Angriff gegen die Arbeiterlöhne über-
all stärken. Eine gewaltige Verschärfung der Klassen-
sengensätze, schwere unmittelbare Klassenkämpfe stehen bevor.

Der Berliner Schiedsspruch entspricht dem Programm der Regierung Brüning, insbesondere jenen Ansichten, die der Reichsarbeitsminister Stegerwald vertreten hat. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat vollständig vor den Anschauungen des Unternehmertums kapituliert. Die Behauptung, daß nur durch Lohnabbau die Arbeitslosigkeit bekämpft werden könne, entspricht nicht wirt-

schaftlicher Einsicht, sie ist ein Ausfluß des brutalen Machtwillens des Unternehmertums. Hinter diesem brutalen Machtwillen sind alle Maßnahmen zurückgetrieben, die wirklich und im Ernste zu einer Milderung der Krise hätten beitragen können: Arbeitsbeschaffung, Preislenkung. Sie sind bewußt zurückgestellt worden, weil zunächst und zunächst das Unter-

Konferenz der Metallfunktionäre

der VBML-Betriebe Sonntag, den 12. Oktober,
vormittags 10 Uhr, im Saalbau Friedrichshain

Tagesordnung:

Der Schiedsspruch des Sonderschlichters.

nehmertum die Krise auszunutzen will, um die Arbeiterschaft auf die Knie zu zwingen.

Der Sonderschlichter begründet seinen Spruch mit sozialpolitischen Rücksichten. Er wiederholt die Behauptung, daß durch Lohnabbau Arbeit für die Arbeitslosen geschaffen werden könne. Das ist ein Trugschluß, nur dazu bestimmt, nach Möglichkeit zu verhindern, daß die ganze Empörung der Öffentlichkeit sich gegen den brutalen Machtwillen des Unternehmertums wendet! Diese Behauptung kann nicht einmal in der Begründung des Spruches selbst durchgehalten werden.

Der Sonderschlichter sieht selbst die Möglichkeit voraus, daß die Berliner Metallindustriellen weitere Arbeiterentlassungen vornehmen werden. Lohnabbau, um Arbeitslose in Arbeit zu bringen, aber verbunden mit der Vorbereitung auf weitere Entlassungen — das enthüllt, daß es sich bei diesem Spruch lediglich um eine Begünstigung der Unternehmeroffensive gegen die Arbeiterschaft handelt.

Beniger Lohn, aber noch mehr Arbeitslose — das ist die Perspektive, die dieser Spruch in Wahrheit eröffnet.

Würde es den Unternehmern gelingen, ihren Machtwillen den Berliner Metallarbeitern und danach der ganzen deutschen Arbeiterschaft aufzuzwingen, wer glaubt dann noch, daß sie dann an Preislenkungen herangehen würden?

Lohnabbau auf der ganzen Linie ist das sicherste Mittel, um das Unternehmertum vor Preislenkungen zu retten und um es davor zu bewahren, daß es seinen Anteil an der Krise auf sich nimmt.

Der Ausgang des Berliner Metallkonflikts wird nicht nur für die Berliner Metallarbeiter, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterschaft von der größten Bedeutung sein. Vom Ausgang dieser großen Entscheidung wird es abhängen, ob und auf welchem Wege eine Lösung der Krise möglich sein wird.

Am Sonntag tritt die Konferenz der Gewerkschaftsfunktionäre der Berliner Metallbetriebe zusammen, um ihre Entscheidung über den Schiedsspruch zu fällen. Dann haben die Arbeiter in den Betrieben das Wort!

Finanznot der Gemeinden.

Folgen der Arbeitslosigkeit im industriellen Westen.

Bochum, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Stadt Hammern ertüchtigt sich außerstande, im Winterhalbjahr die Mittel für die Wohlfahrtsberwerblosen aufzubringen, deren Zahl jetzt schon auf über 10 000 gestiegen ist. 8000 werden noch in den nächsten Wochen dazukommen. Man erwartet vom Reich und vom Staat die nötige Hilfe.

Auch die Landkreise des Ruhrgebietes weisen durch die Wohlfahrtsausgaben große Fehlbeträge auf. Der Lennepe-Ruhr-Kreis verzeichnet einen Fehlbetrag von 1,7 Millionen Mark, dessen Tilgung eine Nachbesteuerung von 70 Proz. der Realsteuermehrbeträge nötig machen wird. In Düsseldorf-Rettmann müssen 550 000 Mark durch Nachtragsumlage aufgebracht werden, im Kreise Bielefeld 508 000 Mark.

Gegen Diktatur und Faschismus Für Demokratie und Arbeiterrecht

demonstriert die Berliner Sozialdemokratie
am Sonntag, dem 12. Oktober 1930, nach-
mittags 2 Uhr, im Lustgarten. Ansprache:
Reichstagspräsident Genosse Paul Löbe

Treffpunkte:

1. Kreis Mitte. Artomplatz 12.30 Uhr.
 2. Kreis Tiergarten und 7. Kreis Charlottenburg. Kleiner Tiergarten 13 Uhr.
 3. Kreis Wedding. Brunnengasse 12.15 Uhr.
 4. Kreis Prenzlauer Berg. Danziger Straße 64 (Bezirksamt) 13.15 Uhr.
 5. Kreis Friedrichshain. Rixdörfer Platz 13 Uhr.
 6. Kreis Kreuzberg. Fontanepromenade 13 Uhr.
 8. Kreis Spandau. Wdhrt nach Lehrter Bahnhof: Abteilung Stoaen 12.23 Uhr Bahnhof Stoaen; Abteilungen Altstadt, Neustadt und Wilhelmstadt 12.33 Uhr Bahnhof Spandau-West; Abteilung Siemensstadt 12.42 Uhr Bahnhof Fürstendamm. Aufstellung des Juges am Wilhelmufer (westliche Seite des Lehrter Bahnhofs). Abmarsch 13 Uhr durch Wilhelmufer, Invalidenstr. hier Anschluß an 2. Kreis
 9. Kreis, 10., 11. und 12. Kreis Wilmerdorf, Schöneberg und Steglitz. Hausvogtelplatz 13.30 Uhr.
 13. Kreis Tempelhof. Antreten 12 Uhr Wsteinhaus. Marsch durch Berliner Straße bis U-Bahnhof Tempelhof. Fahrt bis U-Bahnhof Französische Straße. Antreten Genbarmarkt. Marsch durch Französische, Werderstraße, An der Stadtbahn, Schlossfreiheit, Lustgarten.
 14. Kreis Neukölln. Reuterplatz 12^{1/2} Uhr
 15. und 16. Kreis Treptow und Köpenick. Am Kästischen Park 13.30 Uhr.
 17. Kreis Pichtenberg. Holteistrafte (vor der Jugendbühne), 12.30 Uhr.
 18. Kreis Weihenice. Lehderstraße, Ecke Berliner Allee 12.30 Uhr.
 19. Kreis Bankow. Bornholmer Straße, Spitze Schönhauser Allee, 12.30 Uhr.
 20. Kreis Reinickendorf. Residenzstraße, Ecke Marktstraße in Reinickendorf-Ost, 12 Uhr.
- Die Sozialistische Arbeiterjugend trifft sich an den Sammelplätzen der Partei.

Was wird werden?

Vor dem Zusammentritt des Reichstags.

Wenn am Montag der Reichstag zusammentritt, so besteht seine erste Aufgabe in der Wahl des Präsidiums. In der Geschäftsordnung des Reichstags ist vorgesehen, daß das Präsidium nach der Stärke der Fraktionen zusammenzusetzen ist, also die stärkste Fraktion den Anspruch auf den Präsidenten besitzt. Die Sozialdemokratie wird den bisherigen bewährten Präsidenten, den Abgeordneten Lobe, vorschlagen. Es ist anzunehmen, daß auch die Mittelparteien für seine Wiederwahl eintreten. Von den Nationalsozialisten und Kommunisten wird das gleiche kaum erwartet werden können. Anerkennen diese Fraktionen jedoch nicht das Recht der stärksten Fraktion auf die Befegung des Präsidentenpostens, so können sie auch nicht erwarten, daß ihr Anspruch auf die Befegung des ersten bzw. zweiten Vizepräsidentenpostens von anderen Parteien anerkannt wird. Die Sozialdemokratie wird das jedenfalls nicht tun.

Die Eröffnungsformalitäten und die Wahl des Präsidiums wird sicherlich die ersten Tage der nächsten Woche beanspruchen. Vermutlich wird der Dienstag sittingsfrei bleiben und der Vorberatung der Präsidentenwahl dienen, die danach am Mittwoch vorzunehmen wäre.

Dann beginnen die politischen Erörterungen. Man rechnet mit einer Erklärung der Reichsregierung über ihr Finanzprogramm, durch die eine allgemeine politische Aussprache eingeleitet werden soll. Da aber die angekündigten 30 Gesetzentwürfe, durch die dieses Programm verwirklicht werden soll, bisher nicht vorliegen, so wird diese Erörterung im Augenblick nur mehr oder weniger theoretischen Charakter haben. Das gilt jedoch nicht für den Gesetzentwurf, durch den die Reichsregierung die Ermächtigung zur Annahme eines Kredits in Höhe von 525 Millionen Mark erbittet und der die Tilgung der Reichsschulden in Höhe von je 420 Millionen Mark in den Jahren 1931, 1932 und 1933 vorsieht. Unmittelbare praktische Bedeutung haben ferner die Anträge, durch die der Regierung oder einzelnen Ministern das Mißtrauen ausgesprochen werden soll und die Anträge über die Aufhebung der Notverordnungen vom 26. Juli.

Die Sozialdemokratie hat bereits in ihrem Beschluß vom 3. Oktober klar ausgesprochen, daß sie sich bei ihrer politischen Haltung lediglich leiten läßt von dem Willen, die parlamentarisch-demokratische Grundlage des Staates zu erhalten, um dadurch die Interessen des arbeitenden Volkes, die durch die Wirtschaftskrise auf das stärkste bedroht sind, zu wahren. In diesem Beschluß ist auch bereits angekündigt worden, daß die sozialdemokratische Fraktion entschlossen ist, auf dem Weg der ordentlichen Gesetzgebung die Beseitigung der für die breiten Massen des Volkes unerträglichen Bestimmungen der Notverordnungen zu fordern. Damit ist ganz deutlich ausgesprochen, daß die Sozialdemokratie einem Antrag auf sofortige Aufhebung der Notverordnungen nicht zustimmen wird. Sie will zunächst den Versuch machen, auf dem Wege der ordentlichen Gesetzgebung diejenigen Bestimmungen zu beseitigen, gegen die sich der Widerstand der Massen richtet.

Diese Haltung der Sozialdemokratie bezweckt, den Versuch von Kommunisten und Nationalsozialisten, ein wüstes Durcheinander zu schaffen und dadurch den Boden für die Diktatur zu bereiten, zu vereiteln. Nur so können die Interessen des werktätigen Volkes geschützt werden. Die Haltung von Kommunisten und Nationalsozialisten aber schädigt sie.

Die restlose Aufhebung der nun einmal seit Wochen in Kraft befindlichen Notverordnungen, ohne daß etwas anderes an ihre Stelle gesetzt wird, würde die schwerste Erschütterung der öffentlichen Finanzen bedeuten. Bei einer restlosen Aufhebung gäbe es keinen Reichschatz mehr, allen öffentlichen Ausgaben würde die gesetzliche Grundlage entzogen, sie könnten nicht mehr geleistet werden. Die Unterstützung der Erwerbslosen hörte auf, soweit sie aus Mitteln des Reiches gezahlt werden. Und da durch die einfache Aufhebung der Notverordnungen selbst die Erhöhung der Beiträge der Arbeitslosenversicherung von 3½ auf 4½ Prozent rückgängig gemacht würde, so könnten aus den Beitragseinnahmen der Versicherung nur noch wenige hunderttausend Arbeitslose unterstützt werden. Der radikalste Abbau der Leistungen der Erwerbslosenversicherung wäre mit einem Schläge verwirklicht. Endlich hätten die Schatzmacher ihr Ziel erreicht. Länder und Gemeinden würden durch die Einstellung der Ueberweisungen in die schwerste Notlage geraten. Auch sie müßten ihre Ausgaben droffeln. Die Aufhebung der Notverordnungen würde aber zugleich zu einem Geschenk für die Besitzenden. Denn sie würde den Steuerzuschlag für die hohen Einkommen und die Ausschüttungssteuer beseitigen. Durch alle diese Maßnahmen würde aber nicht nur die Finanznot gewaltig verschärft werden, sondern auch die Wirtschaftsnot. Ein neuer Strom von Arbeitslosigkeit wäre die Folge.

Die Sozialdemokratie wird sich deshalb dafür einsetzen, daß ein Weg beschritten wird, durch den den Notverordnungen die Wirtshöhne ausgebrochen werden, ohne daß solche Gefahren auftreten, wie sie durch eine restlose Aufhebung der Notverordnungen entstehen müßten. Nach wie vor ist die Sozialdemokratie der Ansicht, daß die Notverordnungen Bestimmungen enthalten, die unerträglich sind, weil sie die schärfsten sozialen Härten hervorrufen. Die Beseitigung dieser unerträglichen Bestimmungen ist aber möglich, ohne daß die öffentlichen Finanzen gefährdet werden. Die Sozialdemokratie wird deshalb verlangen, daß die Notverordnungen in einem Ausschuß des Reichstags beraten werden, der in sachlicher Arbeit Abänderungen vorzunehmen hat. Gleichzeitig ist für die Verordnungen, die auf Grund des Artikels 48 erlassen worden sind, die erforderliche verfassungsmäßige Unterlage zu schaffen.

Es ist der Sozialdemokratie in dieser ersten Zeit zunächst lediglich darum zu tun, unbekümmert um das demagogische

500-Millionenfredit perfekt

Heute Unterzeichnung der Verträge

Heute abend werden die Verträge über die Gewährung eines Ueberbrückungskredits in Höhe von 500 Millionen Mark an die deutsche Reichsregierung unterzeichnet.

Der Sanierungsplan der Regierung Brüning sieht angesichts eines wahrscheinlichen Defizits von 750 bis 900 Millionen Mark im Haushaltsjahr 1930 die Aufnahme eines Ueberbrückungskredits vor. Der Kredit soll im Laufe von drei Jahren aus einem besonderen Fonds zurückgezahlt werden. Die im Laufe der nächsten Woche dem Kabinett zugehenden Gesetzentwürfe bringen im Rahmen des Gesetzes über den Reichshaushalt für das Jahr 1931 die Ermächtigung zur Aufnahme des oben erwähnten Ueberbrückungskredits. In einem zweiten Gesetzentwurf (Fonds-gesetz) wird die Schuldentilgung geregelt.

Die Durchführung der Kreditaktion ist durch den Wahlausfall nicht erschwert worden. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir feststellen, daß sich der Zinssatz für den Ueberbrückungskredit infolge des Wahlausganges um ein gutes Prozent erhöht hat. Die effektive Verzinsung beträgt

nach Mitteilungen des Finanzministeriums rund 6 Prozent.

Die Anleiherhandlungen wurden für das Reichsministerium durch das amerikanische Bankhaus Lee-Higginson Co. geführt. Es handelt sich um das Emissionshaus des Kreuzer-Konzerns in Boston. Die Laufzeit der Anleihe beträgt zwei Jahre. Dem Reich ist das Recht zugesichert, in halbjährlichen Terminen zurückzuzahlen. Voraussetzung für den Kredit ist, daß der Reichstag das entsprechende Ermächtigungsgesetz und das Fondsgesetz annimmt.

An der Ausbringung der Anleihe sind neben amerikanischen, englischen, französischen und holländischen auch deutsche Banken — sie sollen 10 Proz. übernehmen — beteiligt. Es handelt sich bei dem deutschen Konsortium um die Reichsbank, die Reichskredit-Gesellschaft und die D-Banken. Mit Aufnahme des Kredits ist Befriedigung des Reichbedarfs bis über Jahresfrist hinaus sichergestellt. Außerdem dürfte der Reichsbank der Zuwachs an Devisen gerade in der jetzigen kritischen Zeit sehr gelegen kommen.

Positive Kritik.

Die „Gewerkschaftszeitung“ zum Brüning-Programm.

Das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschaftszeitung“, schreibt zum Programm der Reichsregierung:

„Unzureichend ist die Vorlage der Regierung, soweit die Interessen der Arbeiterschaft in Frage kommen — ganz abgesehen von den besonders zu behandelnden Fragen der Sozialpolitik und des Wohnungswesens. Darf denn ein Programm, das der Not der Wirtschaft steuern will, an dem Gebiete größten Notstandes stillschweigend vorübergehen? Hat es gar nichts über die Lage des Arbeitsmarktes und die Verschlechterungen, die ihm drohen, zu sagen? Wäre es nicht an der Zeit gewesen,

das viel diskutierte Problem der Arbeitszeitverkürzung auch von Regierungsseite anzuschneiden,

statt verhängt auf die Notwendigkeit von Lohnsenkungen hinzuweisen? Wäre nicht ein Wort angebracht gewesen über die Höhe der Preise, über eine energische Fortsetzung des von der Regierung nur zaghaft eingeleiteten Versuches der Preislenkung durch schärfere Kartellkontrolle?

„Ist es nicht ein Gebot der Stunde, die Frage einer Senkung der Lebenshaltungskosten zu erörtern?“

In diesen Punkten bedürfte die Regierungsvorlage nach einer erheblichen Erweiterung, falls sie den Bedürfnissen der übergroßen Volksmehrheit Rechnung tragen will. Das wäre um so dringlicher gewesen, als auf der anderen Seite eine Senkung der Real- und Kapitalsteuern in Aussicht gestellt wird.

Die Regierung hat ihr Programm dem Reichstag mit dem Bemerkten vorgelegt, daß es einen „einheitsförmigen Plan“ darstelle. Wir nehmen trotzdem an, daß damit das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. So wenig wir eine Wiederholung der früheren Verhandlungen Dr. Brünings wünschen, bei denen jeder Koalitionspartner sich das für ihn passende Stück herauszuschneiden wollte, ohne sich um die entstehenden Lücken zu kümmern,

so wenig könnten wir uns damit abfinden, daß der Arbeiterschaft Lasten aufgedrängt werden, ohne daß die übrigen Bevölkerungsschichten entsprechend herangezogen werden.

Die Gewerkschaften werden es an Vorschlägen, um dieses Unrecht abzumenden, nicht fehlen lassen.“

Das Organ des ADGB weist auf die größten Fehler

des Programms hin — es zeigt zugleich, welche positiven Verbesserungen notwendig sind.

Die Stimme der Städte.

Der Deutsche Städtetag hat zum Regierungsprogramm in folgenden Darlegungen Stellung genommen:

Die deutschen Städte sind bereit, an der Durchführung der notwendigen Reformen mitzuarbeiten. Sie haben ihrerseits aus eigener Initiative schon eine weitgehende Abdrosselung laufender Ausgaben eingeleitet und auch durch die Einrichtung der Kredit-ausschüsse sichergestellt. Alle ihre Bemühungen, zu einer Senkung der Ausgaben zu kommen, sind durch die Entwicklung der Wohlfahrtskosten vergeblich geblieben. Ihre dringendste Sorge ist daher, daß in dem Finanzprogramm der Reichsregierung eine sofortige wirksame Hilfe für die unerträglich angewachsenen Lasten der Wohlfahrts-erwerbslosen fehlt.

Wie auch dem Reichsarbeitsminister persönlich in einer Besprechung am 9. Oktober nochmals aufs eindringlichste vorgetragen wurde, liegt hierin die Kernfrage für die Weiterentwicklung der kommunalen Finanzpolitik und gleichzeitig für das Gelingen des ganzen Finanzprogramms im laufenden und im nächsten Jahr. Die Städte müssen mit allem Nachdruck hierbei auf eine sofortige Abhilfe des gegenwärtigen Notstandes und auf eine grundsätzliche Neuregelung der Krisenfürsorge und der Betreuung der Wohlfahrts-erwerbslosen drängen. Sobald die wichtigsten, in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe vorliegen, wird sich der Vorstand des Deutschen Städtetages damit befassen. Dabei werden die Städte bemüht sein, eine dem Reich und ihren Lebensbedürfnissen Rechnung tragende Gesamtlösung mitzuschaffen.

Industrie- und Handelstag für Lohnsenkung.

Der Industrie- und Handelstag hat sich zum Wirtschafts- und Finanzprogramm der Reichsregierung zustimmend geäußert und wie der Reichsverband der Industrie das Programm als einen Anfang begrüßt. Er steht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß Preislenkung erst nach Senkung der industriellen Produktionskosten, in erster Linie also nach einer allgemeinen Lohnsenkung durchzuführen sei. In einer Entschiedenheit zur Handelspolitik wird im Interesse der Gesamtheit entschlossene Abwehr jeder Politik gefordert, die auf die Abschichtung der deutschen Wirtschaft von der Weltwirtschaft hinzielt.

„Nachdem seitens des Reichsausschusses der Deutschen Staatspartei unter Mitwirkung führender Mitglieder der Reichstagsfraktion unter ihrem Vorsitz der Antrag der Volksnationalen, die Partei auf föderativer Grundlage und damit die Reichstagsfraktion zu erhalten, abgelehnt worden ist und nachdem Herr Minister Dr. Höpfer-Wischoff in einer Presskonferenz erklärt hat, daß der jungdeutsche Orden durch seine Mitwirkung in der Staatspartei sich nur mit Hilfe der demokratischen Organisation größeren Einfluß und größere Macht habe verschaffen wollen, sehen wir uns zu unserem Bedauern genötigt, unseren Austritt aus der Fraktion der Deutschen Staatspartei anzumelden. Herr Kollege Brüning hat uns ermächtigt, vorstehende Erklärung auch in seinem Namen abzugeben. Eine Teilnahme an der Fraktions-sitzung am Montag, dem 13. Oktober, dürfte sich unter diesen Umständen erübrigen, und wir bitten von einer Einladung Abstand zu nehmen.“

Die jungdeutschen Abgeordneten werden im Reichstag selbständig bleiben, sich also keiner anderen Fraktion anschließen.

Die Leutnants auf Festung.

Nach der Ablehnung der Begnadigung.

Die im Reichswehrprozeß in Leipzig verurteilten Leutnants Scheringer und Wendi verließen als preussische Staatsangehörige ihre Strafen in der Festung Soltau. Leutnant Lubin, der badischer Staatsangehöriger ist, in der Festung Rastatt.

Neben den Offiziersverbänden hat sich auch Hagenberg beim Reichspräsidenten um ihre Begnadigung bemüht.

Die Ablehnung der Begnadigung durch den Reichspräsidenten wird in der Reichspresse heftig kritisiert.

Der Reichspräsident hat gestern seinen Besuch in Baden nachgeholt.

Im Badener Rathaus fand ein Festakt statt, bei dem der Regierungspräsident und der Oberbürgermeister Begrüßungsgedanken hielten. Der Reichspräsident dankte in einer Ansprache. Die Bevölkerung nahm lebhaftesten Anteil.

Geschrei der Radikalen rechts und links die Interessen der arbeitenden Massen zu schützen.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Breitscheid, Müller und Weis hatten am Freitagnachmittag mit dem Reichskanzler eine längere Unterredung.

Volkspartei lenkt ein.

Kein Vorstoß gegen Curtius.

Partei-offiziös wird mitgeteilt:

Die Beratungen der Fraktion der Deutschen Volkspartei über das Regierungsprogramm wurden am Montag vertagt. Inzwischen sollen Verhandlungen, die mit anderen Parteien über das Programm eingeleitet worden sind, fortgeführt werden. Die Fraktion lehnte einen Ausschuss ein, der Vorschläge zur Ausgestaltung des Programms ausarbeiten soll. Es wird ausdrücklich versichert, daß ein Antrag auf Abberufung des Reichsaußenministers Dr. Curtius nicht vorgelegt habe.

Es wird erzählt, Herr Scholz habe in der Fraktion erklärt, eine „Distanzierung“ vom Kabinett würde dessen Rücktritt zu Folge haben.

Im übrigen geht aus der parteioffiziösen Meldung hervor, daß auch die in der Regierung vertretenen Parteien und Parteiführer nicht daran denken, das Regierungsprogramm unbesehen anzunehmen. Daß die nach allen Seiten freie sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch weniger daran denkt, ergibt sich von selbst.

Die Jungdeutschen Abgeordneten werden wild

Sie verlassen die Reichstagsfraktion der Staatspartei.

Die Abgeordneten Abel, Adolph, Baltruch, Bornemann und Helle, die der Volksnationalen Reichsvereinigung angehören, haben an den Vorstehenden der Fraktion der Deutschen Staatspartei, Abg. Dr. Weber, folgenden Brief gerichtet:

Gibt Mussolini Auswanderung frei?

Eine Folge der wachsenden Arbeitslosigkeit.

Paris, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Wie der „Paris Midi“ aus Nizza meldet, kommen seit einigen Tagen über die Grenzstation Ventimiglia zahlreiche italienische Auswanderer nach Frankreich, ohne daß ihnen von Seiten der Grenzwachposten die geringsten Schwierigkeiten bereitet werden. Während noch vor kurzer Zeit die politischen Flüchtlinge unter Lebensgefahr die schwierigsten Gebirgspässe übersteigen mußten, passieren sie jetzt den legalen Grenzweg und warten in der französischen Quarantäne die Ausfertigung ihrer Arbeitsverträge ab.

Man nimmt an, daß dieser plötzliche Wechsel in der Haltung der faschistischen Regierung auf die schwere Wirtschaftskrise zurückzuführen ist, in der sich Italien befindet. Auch scheint man für den kommenden Winter ein bedrohliches Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu befürchten und zieht es offenbar vor, die Unzufriedenheit der Bevölkerung nicht auf den Höhepunkt zu treiben. Nicht ohne Einfluß auf die Entschlüsse der faschistischen Behörden dürften die in Paris schwebenden Finanzverhandlungen sein, auf Grund deren Italien eine größere Kredithilfe durch die französischen Banken zu erhalten hofft.

Herbert Morrison für Sozialisierung.

Der letzte Tag des Labour-Parteitag.

Londons, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Transportminister Herbert Morrison, einer der jüngsten und fähigsten Köpfe der englischen Arbeiterbewegung, leitete den letzten Tag der Labour-Konferenz mit einem großzügigen Referat ein, das das Regierungsprogramm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zum ökonomischen Wiederaufbau nach der verkehrstechnischen und kommunalpolitischen Seite ergänzte.

75 Proz. aller von der Labour-Regierung bisher zur produktiven Erwerbslosenfürsorge ausgebenen Summen sind durch die Hand des Transportministers gegangen. Elektrifizierung des Landes und der Eisenbahnen war und bleibt einer der Hauptprogrammpunkte der Arbeiterregierung. Eine endgültige wirtschaftliche Restauration sieht Morrison jedoch nur dann gegeben, wenn die großen industriellen Unternehmen der Privatwirtschaft entzogen und

aus dem Privatbesitz in die Staatsverwaltung

zum besten der Allgemeinheit übergehen. Den Anfang macht Morrison mit dem demnächst dem Unterhaus vorzuliegenden Gesetz über die Zusammenfassung aller Londoner Verkehrsmittel, die zur Zeit noch größtenteils in Privatbesitz sind, und in kommunales Eigentum zu verwandeln werden sollen. Zehn Millionen Menschen sind auf diese Londoner Transportmittel angewiesen und es geht nicht mehr länger, daß die dringend notwendigen Verkehrs- und Verkehrsreformen durch den Widerstand der Privatbesitzer verhindert werden. Kommunalsozialistisches Wollen und Drängen atmet ebenfalls die von Morrison ausgearbeitete neue Verkehrsordnung, und was der Transportminister von den Städten und Kommunen an öffentlichen Arbeiten und produktiver Erwerbslosenfürsorge verlangt, ist beste sozialistische Aufbauarbeit.

Der gesamte Kongress dankte dem Referenten durch stürmischen Beifall. Die Delegierten weigerten sich darauf, die noch vorliegenden politischen Anträge zu behandeln, die teils für, teils gegen die Regierung gerichtet waren, teilweise aber auch gegen die Disziplinlosigkeit und die Verstöße der unabhängigen Arbeiterpartei. Der Parteitag ging über alle diese Entschlüsse zur Tagesordnung über und eilte zum Schluß. Bisher feierte er noch die Präsidentin Susanne Lawrence für ihre unparteiliche und vorzügliche Führung. Mit dem begeisterten Gesang des englischen Sozialistenmarsches endete der Kongress, der einen

tiefen Eindruck von der Geschlossenheit der Labour Party

hinterlassen hat, von ihrem Wollen, die Einheit der englischen Arbeiterbewegung aufrecht zu erhalten und nicht zuletzt von der Ueberzeugung und dem entschlossenen Drängen dieser Bewegung zum Sozialismus. Nicht nur die englische, sondern die gesamte europäische und sozialistische Arbeiterbewegung kann diesen Kongress auf die besten Seiten ihrer Geschichte buchen.

Jahrespräsident Stanley Hirst.

Londons, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Die neu gewählte Exekutive der Labour Party ernannte Stanley Hirst zu ihrem Vorsitzenden. Hirst war bisher Kassierer des Transportarbeiterverbandes. Er steht im 45. Lebensjahr und gehört seit vielen Jahren dem Vorstand der Arbeiterpartei an. Die unabhängige Arbeiterpartei wird in der Exekutive durch Howett vertreten.

Die Radikalen oppositionsmüde.

Ihre Regierungsbereitschaft dürfte Lardieus Sturz beschleunigen.

Paris, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Der am Donnerstag auf dem radikalen Parteitag in Grenoble gefasste Beschluß, der den Weg zur Konzentration der bürgerlichen Kräfte und der Mittelparteien eröffnet hat, hat die seit Monaten bestehende schlechende Krise des Kabinetts Lardieu akut werden lassen. Lardieus Autorität war schon in den letzten Wochen der Sommertagung des Parlaments so stark erschüttert, daß er sich dem drohenden Sturz des Kabinetts nur durch die Vertagung entziehen konnte. Es dürfte angesichts der Zerlegung seiner Mehrheit und des Streites um die Außenpolitik den Wiederzusammentritt der Kammer kaum lange überleben. Der Parteibeschluß von Grenoble bietet jetzt die Möglichkeit zur Bildung einer breiten Regierungsmehrheit, die imstande erscheint, bis zu den Neuwahlen bestehen zu können, denn sie würde mit Ausnahme der äußersten nationalsozialistischen Kräfte und der Sozialisten alle Parteien der Kammer umfassen.

Noch einer zweijährigen Kur in der Opposition werden also die Radikalen jetzt wieder in die Regierung eintreten. Es fragt sich allerdings, ob sie dann nicht wieder, wie einst unter der nationalen Union Poincarés, der Reaktion Vorpostendienste leisten werden und die Kräfte irgen zu müssen. Die Sozialisten werden der neuen Entwicklung der Dinge in der französischen Innenpolitik jedenfalls mit Ruhe entgegensehen können. Ihre Erfolge bei den letzten Wahlen zur Kammer haben bewiesen, daß sie weder von der Regierung Lardieu noch von ihrer ehemaligen Karriegenossen, den Radikalen, irgendetwas zu befürchten haben.

Unter Hitlerknaben.



„Den Gegnern die Köpfe abhauen ist vor allem viel bequemer, als sich den eigenen Kopf über ernste Fragen zu zerbrechen.“

Das gerettete Kärnten.

Zehnjahresfeier der Volksabstimmung.

Klagenfurt, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

In ganz Kärnten wird die Erinnerung an die Volksabstimmung feierlich begangen, die vor zehn Jahren über die staatliche Zugehörigkeit des Landes für Deutschösterreich entschied. Den Höhepunkt des heutigen Gedenktages bildete eine Festigung des Landtages, bei der der Landtagspräsident Lukas eine politisch bedeutsame Rede hielt. Er gedachte der blutigen Kämpfe, die der Volksabstimmung vorausgegangen waren. Arbeiter und Bauern hatten damals das Selbstbestimmungsrecht des Landes mit Waffengewalt gegen die südslawische Militärmacht verteidigt. Dadurch war es den österreichischen Friedensunterhändlern unter Führung Kenners möglich, für das Land eine Abstimmung zu erreichen, die dann für Deutschösterreich erfolgreich ausging. Der Landtagspräsident erklärte im Namen des Landtages, daß er

Grüße auch jenen entbiete, die damals für Jugoslawien gestimmt

hatten. Er erkläre sie als gleichberechtigte Landesbürger an, und sei er bestrebt, ihre sprachliche Eigenart zu bewahren und ihnen jede Fürsorge angedeihen zu lassen, gleich den Deutschen.

Dem gleichen Geist war die Rede des Klagenfurter Bürgermeisters in der Festigung des Gemeinderats besetzt. Er stattete nicht nur Dank den deutschen Abstimmungskämpfern ab, sondern anerkannte auch das ritterliche Verhalten des südslawischen Obersten, der zur Zeit der Besetzung Klagenfurts die Verwaltung führte. Am heutigen Nachmittag erfolgt die feierliche Kranzniederlegung auf den Gräbern der im Abstimmungskampfe

gefallenen Kämpfern, von denen mehr als 80 Proz. der Sozialdemokratischen Partei angehörten.

Am Sonntag findet ein Aufmarsch der Abstimmungskämpfer statt. Als erste Gruppe marschieren die Volkswehr unter Führung des Führers des Republikanischen Schutzbundes. Die Heimwehr wurde von sämtlichen Parteien vom Aufmarsch ausgeschlossen, da sie zur Abstimmungszeit noch nicht existierte.

Finnlands endgültige Wahlziffern.

Sozialdemokratie mehr als ein Drittel der Stimmen, nicht ganz ein Drittel der Mandate.

Helsingfors, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf Grund des jetzt vorliegenden endgültigen Ergebnisses der finnischen Reichstagswahlen erhält die Sozialdemokratie im neuen Reichstag 66 (59) Sitze, die Agrarpartei 59 (60), die Lappengruppe 42 (28), die Fortschrittspartei 11 (7) und die Schwedenpartei 21 (23) Sitze. Die Kommunisten, die im alten Reichstag 23 Abgeordnete zählten, sind im neuen Reichstag nicht vertreten.

Von insgesamt abgegebenen 1122162 Stimmen konnte die Sozialdemokratie mehr als ein Drittel, nämlich 385750 Stimmen auf sich vereinen. Die übrigen Parteien erhielten: Agrarbund 305028, Lappengruppe 211909, Schwedenpartei 113309, Fortschrittspartei 65463, Kleinbauern 19919 und Kommunisten 11513.

Wie in Italien.

Helsingfors, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

In dem Aboer Hochverratsprozeß gegen 17 angebliche Kommunisten hatte der schwedische Rechtsanwalt Dr. Branting, Stockholm, ein Sohn des verstorbenen schwedischen Sozialisten Hjalmar Branting, die Verteidigung der Angeklagten übernommen. Schon vor seiner Abreise nach Abo erhielt er von den Lappo-Lenten ein Schreiben mit der Aufforderung, nicht nach Abo zu kommen, andernfalls er sich irgendwelche Folgen selbst zuschreiben müsse. Branting trat dennoch in Abo ein. Starker Polizeischutz war zu seiner Sicherheit ausgeboten. Derselben war das Gebäude, in dem Branting wohnte, gegen etwaige Ueberfälle gesichert. Am Donnerstagsabend veranfaßten die Lappo-Faschisten, die teilweise in Kraftwagen von auswärts nach Abo gekommen waren, eine Protestversammlung und verlangten die sofortige Rückreise von Branting. Daraus resultierte die finnische Regierung dem schwedischen Gesandten mit, daß der Aufenthalt Brantings die nationalsozialistischen Gefühle der Bevölkerung verletze (!) und seine Rückreise angebracht sei. Rechtsanwalt Branting begab sich am gleichen Abend an Bord des Stockholm-Dampfers. Am Hafen hatten sich etwa 3000 Menschen eingefunden, die seine Abreise mit Schmährufen begleiteten. Der sozialdemokratische Minister Hela wird die

Heimwehr verhandelte mit Hitler.

Doch die Nazis wollten nichts wissen.

Wien, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Verhandlungen zwischen den österreichischen Nationalsozialisten und der Heimwehr über ein gemeinsames Vorgehen bei den Wahlen sind am Freitag ergebnislos abgebrochen worden. Die Nationalsozialisten erklärten, daß ihnen die Heimwehr Bedingungen gestellt habe, die jede Vereinbarung mit dieser kapitalistisch-reaktionären Partei unmöglich gemacht hätten.

Die Verhandlungen wurden in Wien, zum Teil aber auch direkt mit Hitler in München geführt.

Sturm im niederösterreichischen Landtag.

Wien, 10. Oktober.

Die Freitagssitzung des Wiener (niederösterreichischen) Landtags nahm einen sehr stürmischen Verlauf. Zu Beginn der Sitzung gedachte der Präsident des Jahrestages der Abstimmung in Kärnten. Seine Rede wurde von der christlichsozialen Minderheit mit Zwischenrufen unterbrochen, in denen Kritik daran geübt wurde, daß man es nicht der Ruhe wert gefunden habe, die Mitglieder des Landtags anlässlich des Gedenktages an die Kärntener Abstimmungskämpfe zu ermahnen, in Festkleidung zu erscheinen. Hierauf kam ein Brief des Außenministers Dr. Seipel zur Verlesung, in dem Bürgermeister Seih ersucht wurde, von der beabsichtigten Aussprache über die Beschlagnahme einiger Wiener Zeitungen, die den Artikel über Major Pabst veröffentlicht hatten, mit Rücksicht auf das Ausland abzusehen. (!)

Bürgermeister Seih erklärte, daß er diesem Ersuchen nicht Rechnung tragen könne. Diese Stellungnahme des Bürgermeisters löste bei der Minderheit stürmischen Widerspruch aus, die Sitzung des Landtags ging schließlich in Lärm unter. Die Freigabe der betreffenden Zeitungsartikel wurde beschlossen.

angeklagten ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten nunmehr allein verteidigen. Hela ist inzwischen von Lappo-Lenten ebenfalls „freundlich“ aufgefordert worden, die „Verteidigung der Landesverräter“ niederzulegen.

Stockholm, 10. Oktober. (Eigenbericht.)

Rechtsanwalt Georg Branting, der Verteidiger der Angeklagten im Aboer Hochverratsprozeß, ist am Freitagnachmittag aus Helsingfors nach Stockholm zurückgekehrt. Branting erklärte dem Stockholmer Vertreter des „Soc. Presseblatt“, daß seine Abreise auf Wunsch der schwedischen Gesandtschaft in Helsingfors unter dem Druck von Lappo-Lenten erfolgt sei. Die finnische Regierung habe sich an die schwedische Gesandtschaft mit der Forderung gewandt, seine Abreise zu veranlassen, damit „die guten Beziehungen zwischen Schweden und Finnland nicht gefährdet werden“. Er selbst habe dieser politischen Erwägung sofort entsprochen. Abgesehen davon sei es unter den gegenwärtigen Rechtszuständen in Finnland wahrscheinlich kein Unterschied, ob die Angeklagten einen Verteidiger hätten oder nicht. Soweit als möglich werde er die Interessen seiner Klienten im Aboer Prozeß nunmehr von Stockholm aus wahrzunehmen versuchen.

Tragödie in der Gastwirtschaft.

Die frühere Geliebte erschossen. — Selbstmord des Täters.

In der Gastwirtschaft im Hause Belle-Alliance-Straße 12 spielte sich in den gestrigen späten Abendstunden eine Lebenstragödie ab.

Seit einigen Tagen ist in dem Restaurant die 24jährige Ella Jäger aus der Tiefstraße 38 als Beisitzersfrau angesetzt. Gestern Abend erfuhr dort der frühere Verlobte des Mädchens, ein 30jähriger Heintich Ruh aus Bieddorf, um eine Aussprache herbeizuführen. Es kam jedoch zu einer erregten Auseinandersetzung, in deren Verlauf Ruh plötzlich eine Pistole hervorholte und auf seine frühere Braut einen Schuß abfeuerte. Die Kugel traf in den Kopf und führte den sofortigen Tod des Mädchens herbei. Noch ehe es jemand verhindern konnte, richtete er dann die Waffe gegen sich selbst und brachte sich zwei lebensgefährliche Brustschüsse bei. Der Täter fand im Urban-Krankenhaus Aufnahme.

Hafenkreuzjustiz in Naumburg.

Mildernde Umstände für roheste Körperverletzung!

Der Fall Scharf hat seinerzeit in der ganzen Oeffentlichkeit Empörung hervorgerufen. Tatbestand: drei berüchtigte nationalsozialistische Schläger, die Gebrüder Scharf in Jena, schlagen einem Kaufmann den Schädel ein. Sie erhalten — Strafbefehle wegen ruhestörenden Lärms über je 20 M. Die Sache wird öffentlich bekannt, weil die Gebrüder Scharf frech genug sind, Einspruch zu erheben. Sie werden vom Großen Schöffengericht zu 8, 5 und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Staatsanwalt und Angeklagte legen Berufung ein.

Die Große Strafkammer Naumburg hat nun in der Berufungsinstanz entschieden: Die Berufung des Staatsanwalts wird verworfen, der Berufung der Angeklagten wird stattgegeben.

Die Entwicklung des Falls.

Fritz Preußler, ein junger, völlig unpolitischer Kaufmann, und seine Braut werden ständig von Nationalsozialisten angepöbeln, weil er für eine jüdische Firma reist. Aus dieser Stimmung entsteht in einer Dezembernacht, als Preußler mit Braut und Schwager heimkehren, eine Auseinandersetzung mit der gegenüber wohnenden Nazifamilie Scharf. Die Braut des Preußler wird auf offener Straße als Judenhure, er selbst als Lude beschimpft. Natürlich verbitten er und sein Schwager sich diese frechen Beleidigungen nicht gerade höflich.

Darauf fallen die Scharfs mit Stöcken bewaffnet über die beiden her und schlagen dem Preußler mit einem Eichenknüttel den Schädel ein.

Durch einen glücklichen Zufall kommt Preußler nach monatelangen Krankenlager mit dem Leben davon. Jedoch liegt auf einer Fläche von 30 Quadratcentimetern das Gehirn vollständig frei. Es besteht die Gefahr, daß im Laufe der Zeit die eventuell aufretenden Narbenschwundungen zu krankhaften Gehirnreizungen führen. Für diese Tat erhalten die Scharfs

Strafbefehle über zwanzig Mark wegen ruhestörenden Lärms.

Den Scharfs sind die viermal zwanzig Mark, die sie bezahlen sollen, zu viel. Sie beantragen gerichtliche Entscheidung. Die Sache kommt vor den Einzelrichter. Hier haben die Scharfs Pech. Sie geraten an einen jungen Assessor, der mit dem juristischen Begriff der schweren Körperverletzung nicht so einfach fertig wird. Er redet den Scharfs zunächst gut zu, sie sollten doch lieber ihre 20 M. bezahlen, er wisse sonst nicht, wie er um den Kaufhandelsparagrafen herumkommen solle. Aber die Scharfs bleiben fest. Doch noch immer versucht der Herr Assessor die hartnäckigen Rechtspleglinge weitgehend zu schonen.

Er verzichtet auf jegliche Zeugenvernehmung und verurteilt drei Angeklagte auf Grund ihrer eigenen Angaben zu der gefälligen Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis. Den vierten spricht er frei.

Sowohl die Scharfs als auch die Staatsanwaltschaft legen Berufung ein. Die Kleine Strafkammer verhandelt mit einem umfangreichen Zeugenangebot einen ganzen Tag. Der Staatsanwalt beantragt insgesamt 21 Monate Gefängnis. Das Gericht erklärt sich für unzuständig. Die Sache sei ein Verbrechen und gehöre vor das Große Schöffengericht.

Das Große Schöffengericht verhandelt einen ganzen Tag und verurteilt

Walter Scharf zu 8 Monaten, Willi zu 5 Monaten und Kurt Scharf zu 3 Monaten Gefängnis.

Der alte Nag Scharf wird freigesprochen. Kleine Strafkammer und Schöffengericht, zwei Gerichte, bei denen das Laienelement ausschlaggebend ist, gleichen also die Ungerechtigkeiten der ersten Instanzen einigermaßen wieder aus.

Beil ihr das Strafmaß zu gering ist, legt die Staatsanwaltschaft — weil sie freigesprochen werden wollen, legen die Scharfs Berufung gegen das Urteil des Schöffengerichts ein, und so kam es denn zu dem fünften Akt der Tragikomödie vor der Großen Strafkammer in Naumburg. Hier entscheiden drei Richter, denen zwei Beisitzer aus dem Volke beigegeben sind.

Große Strafkammer Naumburg.

Trotzdem diesmal nur die wichtigsten Zeugen geladen sind, nimmt auch diesmal die Sache einen ganzen Tag in Anspruch. Die Beweisaufnahme ergibt keine neuen Gesichtspunkte. Der einzige neue Schwinkel, den die Scharfs vorbringen, ist, daß sie von einer Reute von 40 bis 50 Mann sprechen, gegen die sie zu kämpfen hätten. Aber das wird durch ihre eigenen Entlastungszeugen widerlegt.

Bemerkenswert ist, daß die Hausbewohner, die schon jahrelang mit den Scharfs zusammenwohnen, fest und bestimmt erklären, Willi sei der Schläger gewesen. Der aber ist wegen roher Gewalttätigkeiten schon mit insgesamt einem Jahr und neun Monaten Gefängnis vorbestraft. Er würde Zuchthaus kriegen, wenn das Gericht der Aussage dieser Hausbewohner folgte. Deshalb legt Walter, der noch vor der Kleinen Strafkammer alles ableugnete, jetzt ebenso wie vor dem Schöffengericht ein „Geständnis“ ab und nimmt den Schlag auf sich. Bei ihm, der noch nicht vorbestraft ist, wird die Sache billiger.

Mit scharfen Worten geißelt der Staatsanwalt, Staatsanwaltschaftsrat Hoffmeister, die Rohheit der Gesinnung, die aus einer

Theater des Westens.

Rebfish: „Brest-Litowsk“.

Wilhelm II., General Hofmann, Trojki und Stalin in gegenseitiger Abtufung auf der Bühne. Als Ludendorff gemeißelt wird, wird es dunkel. Viel Diskussion. Ein Erfolg, der den Dichter schon nach dem zweiten Akt vor die Rampe rief.

solchen Tat spreche. Es handle sich nämlich nicht um einen im Gedränge gefallenen unglücklichen Treffer, sondern um einen mit voller Ueberlegung und ohne Rat geführten fürchterlichen Schlag, bei dem der Eichenknüttel zerprungen sei. Für diese Tat aber seien die Strafen des Schöffengerichts viel zu niedrig und er beantrage für Walter und Willi je ein Jahr drei Monate, für Kurt Scharf sechs Monate Gefängnis.

Ueber eine Stunde braucht das Gericht zur Beratung. Dann verkündet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Höpffner, das Urteil.

Die Berufung der Staatsanwaltschaft wird verworfen.

Bei Walter Scharf, der den fürchterlichen Schlag geführt haben will, erscheine die vom Schöffengericht verhängte Strafe von acht Monaten Gefängnis wegen schwerer Körperverletzung in Tateinheit mit Raubhandel durchaus angemessen. Mildernde Umstände hätte man ihm nicht versagen können. Bei den anderen beiden habe das Gericht anerkannt, daß sie aus „Familiengeduld“ gehandelt hätten und deshalb die Strafen herabgesetzt, und zwar bei Kurt Scharf von drei Monaten auf die gesetzliche Mindeststrafe von einem Monat Gefängnis (ein Sechstel des beantragten Strafmaßes!) und bei dem auf dem gleichen Gebiete vorbestraften Willi Scharf von fünf auf drei Monaten Gefängnis (ein Jahr weniger als der Staatsanwalt beantragte!).

Das Opfer soll angeklagt werden!

In der Urteilsbegründung findet sich der Satz, daß auch Preußler, das Opfer, wegen Raubhandels bestraft werden müsse, weil er sich an einer Schlägerei beteiligt habe, in die er „nicht ohne eigene Schuld“ verwickelt worden sei!

Die Richter von Naumburg scheinen zu verlangen, daß man sich von Hafenkreuzlern wehrlos den Schädel einschlagen lasse!

Was geschieht?

Man denkt an den Cuvelier-Prozess, an die Hafenkreuzzellen in der Naumburger Justiz, man denkt daran, daß die Naumburger Richter den jetzigen Hafenkreuzabgeordneten Hinfier von der Anklage des Aufruhrs glatt freigesprochen haben, obwohl er überführt war — und man wundert sich nicht mehr.

Auch nicht mehr darüber, daß Naumburger Richter den Satz aufstellen, daß es von Familiengeduld zeuge, wenn Brüder einträchtig dem Bruder helfen, einen anderen halbtot zu schlagen, und daraus mildernde Umstände herleiten.

Man wundert sich nur über eins: daß in Naumburg nicht endlich Ordnung geschaffen wird. Wenn nichts geschieht, wird sich die Oeffentlichkeit helfen müssen mit der Feststellung: in Naumburg wird nicht Recht gesprochen, dort gibt es nur Parteijustiz!

(Gewerkschaftliches siehe I. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhäger; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Schlarf; Familienrat Dr. John Schlawack; Polizei- und Sanitätsrat: Fritz Karst; Anzeigen: Th. Glaser; sämtlich in Berlin. Verlag: Formica-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 1. Siehe 2. Beilage.

Mod. Filzlocke mit aparter Filzhaube u. Besatz, gesteppter Rand mit Filzunterblende 7,50

7,50

27,50

Kleid guter kamelw. Veloutine, Georgette-Krag, Rock mit innerer Faltenpartie 27,50

Mantel gute Velour-Quadrät, ganz geölt, großer Pelzschalkragen, moderne Wickelform 59,00

ENORM BILLIGE Spitzen-Weißwaren

Mengenabgabe vorbehalten! Verkauf sowohl Vorrat!

<p>Klederspitze der Trumpf der Mode, schwarz, weiß und farblich, ca. 90 ca. 80 cm breitMeter 3,25 cm br. 4,90</p> <p>Kunstseldener Kledertüll des dußigen Gewebe, ca. 100 cm breit, grosses FarbsortimentMeter 1,65</p> <p>Kleider - Wabentüll viele Farben, ca. 100 cm breitMeter 3,75</p> <p>Moderne Wäschespitzen zum Teil mit kunstseidenen Effekten Breite ca. 2 1/2, 3, 4 cm ca. 3 cm ca. 8 cm Meter 0,08 0,15 0,22 zum Einarbeiten auch in Bretonne Meter 0,25 0,45 0,65</p> <p>Chinesische Klöppelspitzen und -einsätze — Handarbeit für Wasche Breite ca. 2 cm ca. 3 cm ca. 4 cm Meter 0,25 0,35 0,55</p> <p>Chinesische Klöppeldeckchen Handarbeit, 0,25 ca. 20 cm Ø, ca. 14 cm Ø .. Stück 0,50 Stück</p> <p>Reinleinen-Handarbeitspitzen und -einsätze für Decken, Bettwäsche, Gardinen usw. Breite ca. 4 cm ca. 6 cm ca. 10 cm Meter 0,65 0,95 1,50</p>	<p>Zu den Abbildungen:</p> <p>Crêpe de Chine-Damen-Cadenez (Abb. 1), reine Seide, aparte neue Muster 2,75</p> <p>Pikee-Weste (Abb. 2) 1,75</p> <p>Pikee-Schalkragen (Abb. 3) 1,10</p> <p>Pikee-Bubikragen (Abb. 4) 1,10</p> <p>Bubikragen (Abb. 5) Crêpe de Chine 2,50</p> <p>Crêpe Georgette-Passe mit Spitzelapplikation (Abb. 6) 1,25</p> <p>Crêpe Georgette-Kleiderpasse mit aparter Spitzelapfelze (Abb. 7) 3,25</p> <p>Crêpe Georgette-Blende (Abb. 8), gebogt, doppelt Meter 2,25</p> <p>Pikee-Weste mit Reverskragen und Perlmutterknöpfen .. 0,95</p> <p>Pikee-Garnitur Bubikragen mit Häßchen und Manchetten Garnitur 1,65</p> <p>Pikee-Blende rund gearbeitet, gebogt und gezockt Meter 1,60</p> <p>Damen-Cachenez weiss, reine Seide, bewährte Qualität, ca. 90x90 cm... 4,50</p> <p>Cachenez Crêpe de Chine, weiss, reine Seide, mit wetter etgewebter Kante 6,90</p>
---	--

Enorm Billig: Damen- u. Herren- Handschuhe Neppa-Stepper, durchgehend geölt, mit Druckknopf Paar **4,90**

In allen Häusern eröffnen wir heute unsere Handarbeits-Ausstellung

Wochenende in der Mark
Ausflüge in die weitere Umgebung

Der Kindel.

Eine Wanderung zu Suppen- und Bratenhühnern.

Nördlich von Berlin sind in den Wiesen und Bruchländen kleine Waldlachen eingeprengt, die eigentümliche Namen wie „Der Krämer“, „Der Jögen“, „Der Kindei“ führen.

Von dem Namen „Der Kindel“ wird eine romantische Geschichte erzählt: 1806 seien die Bewohner der umliegenden Orte vor den Franzosen in das sumpfige Waldgebiet geflüchtet.

Schildow macht einen behäbigen Dörferindruck. Hat man den Autobus verlassen, so geht es geradeaus über die Bahnlinie in den typischen Sand des Radelwaldes.

Der Kindel setzt sich aus solchen Waldpartien — Tannen und Laubwald —, zum Teil in Schluchten auf- und niedersteigend, aus Wiesenauen, Erlensbüsch, Sumpf und Wasserlächen zusammen.

Bequemen Abschluss findet die Wanderung in Hermsdorf, wohin wir über Glienicke kommen, das rege Bautätigkeit aufweist.

Hausrecht wird geschützt.

Auch kommunistische Genossen haben es zu achten!

Das Erweiterte Schöffengericht in Neukölln hatte sich gestern mit der prinzipiellen Frage zu beschäftigen, ob ein Bezirksverordneter dem Hausrecht in einer öffentlichen Anstalt unterworfen sei oder nicht.

Der Verhandlung lag folgender Vorfall zugrunde: Am 14. Januar erschien der kommunistische Bezirksverordnete Martin Weise in einem Tagesheim für Erwerbslose in Neukölln, um ihm von den Erwerbslosen vorgetragene Mißstände in dem Heim nachzuprüfen.

Wegen dieses Vorfalls wurde gegen den Bezirksverordneten Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs gestellt. Weise meinte in der gestrigen Verhandlung, daß er als Bezirksverordneter das Recht habe, allen ihm bekanntwerdenden Mißständen nachzugehen.

Schwarzrotgoldene Schleißen zu Ehren verstorbenen Proletarier in einem Erwerbsloshaus ist für den Kommunist Weise sicherlich ein ungeheuerlicher „Mißstand“.

Zu der prinzipiellen Frage wurde der sozialdemokratische Stadtschneider Neukölln als Sachverständiger gehört. Er führte aus, daß die Städteordnung einem einzelnen Bezirksverordneten ohne besonderen Auftrag das Kontrollrecht öffentlicher Einrichtungen nicht gebe.

Blutbad in einer Kirche.

Achtzig Kirchgänger von Banditen umgebracht.

Wie aus Mexiko-Stadt gemeldet wird, sollen merikanische Banditen in der Stadt San Carlos im Staate Tabasco eine katholische Kirche während der Frühmesse in Brand gesteckt haben.

Fünf Matrosen umgekommen.

Sturmfahrt einer Hamburger Bark.

Die von ihrer Südamerikafahrt zurückkehrende Hamburger Bark „Padua“ wurde Freitag früh nach Vestsjilf eingeschleppt, um dort ihre Salpeterladung zu löschen.

Waffen in Kinderhand.

Den Schulkameraden beim Spielen niedergeschossen.

Wieder einmal ist durch eine geladene Waffe in Kinderhänden schweres Unheil angerichtet worden.

Der elfjährige Schüler Konrad S. wollte mit seinem zehnjährigen Klassenkameraden Gerhard Heinowski gestern allein in der Wohnung seiner Eltern am Sternplatz in Johannishal. Der Junge hatte gesehen, wo sein Vater die Pistole aufbewahrt.

Der Schwerverletzte, an dessen Aufkommen gezweifelt werden muß, fand im Elisabeth-Hospital in Oberschöneweide Aufnahme.

Die juristische Sprechstunde fällt heute aus.

Mord im Arbeitsamt.

Chemaliger Kommunist niedergeschossen. — Politischer Racheakt?

Hannover, 10. Oktober.

Als am Freitagnachmittag der stellungslose Kaufmann Erich Schmidt das Arbeitsamt am Königsworther Platz verlassen wollte, wurde er von einem jungen Mann niedergeschossen.

„Columbia“ glücklich gelandet.

London, 10. Oktober.

Das Flugzeug „Columbia“ landete nach glücklich vollendeter Ueberquerung des Atlantischen Ozeans auf Tresco, einer Insel der Scilly-Gruppe in der Grafschaft Cornwall.

Können wir die Sorge überwinden? Genosse Pfarrer Bleier spricht am kommenden Sonntag, 12. Oktober, 18 Uhr, im Rahmen einer religiösen Feierstunde in der Trinitatiskirche, Charlottenburg, Karl-Luguit-Platz, über dieses Thema.



Unrecht. Nachdruck verboten. Gustav Kiepenhauer Verlag K.-G., Berlin-Weißhof.

Keiner der Zwischenfälle, die Berla immer ein wenig fürchtete, trat ein. Sie saßen noch ein paar Stunden zusammen, es gab viel zu erzählen, und es wurde später, als gut war.

Das Zimmer — sie waren eben schlafen gegangen und hatten das Licht schon gelöscht — lag wie eine dunkle Masse um sie. Der Frau fielen schon die Augen zu, als sie noch einmal für Minuten wieder wach und nachdenklich wurde.

8.

Geduckt und fröstelnd ohne Mut dem neuen und frischen Tag gegenüber sah Berthold Berla in der Straßenbahn zwischen dem Büropersonal, dessen Dienst eine Stunde später als der Tag der Arbeiter beginnt.

Rüde brannte sein Gesicht, kurz vor der Haltestelle rief er mit dem Finger die Augenlider, bis sie schmerzten, die, ihre halbe, verschleierte Wirklichkeit der Dinge wollte ihn absperrern von der Welt.

Schön — da war man nun. Am Gemäuer der Fabrik tropfte schmutzig tauender Schnee, der halbe Weg blieb an den Stiefeln kleben. Auf der Straße vor dem Tor vernahm er schon das Schütteln des Wertes. Der Schlot schob Qualm gegen Wollenwände, hinten dröhnte das Metall der Brücke unter dem Güterzug, der die neuen Tabaksendungen brachte.

Der Schließmeister gab ihm seine Blechmarke, die allein auf einem Wandbrett baumelte.

„Kollege, paß auf — dreimal Verspätung heißt Ent-

lassung! Vor acht Tagen bist du schon einmal mit zehn Minuten eingetragener.“

„Wird jetzt vorbei sein, denke ich,“ sagte Berla gleichgültig, „meine Frau hat ein Kind bekommen.“

Der Alte nickte und ließ unter der vorgehaltenen Hand am Schalterfenster die Pfeife aufflammen:

„Hauptsache, daß alles gut gegangen ist, wie? Gratuliere! Wenn man die Zeiten nicht so mies wären, möchte mancher noch Kinder haben.“

Der Maschinenaal ratterte und quietschte, jurrte und klang, alle Mann standen an ihren Posten. Beim Durchgehen streifte er die Rücken der Arbeiter. Niemand blickte auf. Der Maschinenmeister sah ihn böse an. Durch das gläserne Hallendach sickerte verstaubtes Tageslicht. Mit drei Handgriffen wurde er auch wieder ein Teil des ganzen, eingegüß in das Räderwerk und Riemenluren der Arbeit.

Auch der Tag ging zu Ende. Reihenweise tappte man in die Waschräume. Berla zog seine Dacke über und ließ sich mit der Kolonne den gewohnten Weg nach der Straßenbahn treiben — stampfend und redend, ein schwarzgrauer Strom aus Arbeitskleidern, zwischen Fabrikgebäuden, schob sich die Masse vorwärts, eingeklemmt am Tor, Loischen, Brust und Hintern von der Kontrolle betastet, draußen breiter und breiter werdend und in einzelne Gruppen und Paare zerfließend.

Pfeifen wurden in Brand gesetzt, Zigaretten räuchernten ihm übers Gesicht, einige Männer trafen Verabredungen zu Stat und Bier. Kam eines der kurzberockten Kontormädels vorbei, die Altentische unterm Arm, das Gesicht voll Würde und Reife, prasselten Wige hinter ihr drein.

Die Rothhaarige kam auch. Achlos überholte sie ihn, fremd... Er wühlte ihren Namen, er kannte jedes Stückchen ihrer Haut, ihren Duft, ihre Zärtlichkeit — und doch war es schwer, sich das alles jetzt vorzustellen, wie sie stolz da ging, neben sich einen dicklichen Mann aus ihrem Büro. Offenbar interessierte es sie was der zu erzählen hatte. Sie lachte, kniff die Augen zusammen und streifte den Arbeiter im Vorbeischlendern fast am Arm. Jetzt hatte die Reimers es wohl mit dem angefangen, wie mit ihm vor vierzehn Tagen. Unbekümmert, heiter und bereit, sich hinzugeben. Das hatte ihm, Berla, egal zu sein, Teufel nochmal! Zu Hause sah seine Frau, zu der gehörte er und konnte wahrhaftig ein Freudenfest feiern, daß er jene so leichten Kaufs losgeworden war — dennoch, er mußte merken, wie sie sich mit dem Dinkel da in Szene setzte, spielte und sich tat. Wäre sie jetzt in dieser Minute wieder zu ihm gekommen...

Warum, fragte sich Berla — er wartete in einiger Entfernung des Paars auf die Bahn —, warum könnte ich diesen Mann mit dem steifen Hut ohrfeigen? Ich will nichts von ihr wissen, sie ist gemein genug, schon am nächsten Nachmittage einem anderen ihren Körper anzubieten. Ich kann hier stehen und mir das ansehen. Für diese Person ist nichts Wichtiges geschehen...

Diese Selbstqual begleitete ihn während der ganzen Fahrt. Fräulein Reimers verließ den Wagen zwei Haltestellen vorher und ging mit dem Dicken auf eine Konditorei zu, wie er im Fahren sehen konnte. So etwas hätte er dem Radel natürlich nicht bieten können, und sie liebte ein Leben voller Annehmlichkeiten, sie trank zuweilen Sekt, besuchte Kabarets...

Nach mancherlei Pausen seines kurzen Weges stand er vor der Wohnungstür, die Klinke gab nach — ein Schüttern des Geräusch kam von der vorgelegten Kette.

Im halbdunklen Flur standen sie sich gegenüber, die breite knöcherne Frau und der Mann. Die Erschöpfung preßte sich auf seinem Rücken. In der Küche meinte das Kind.

„Guten Abend, Annie, heute bin ich pünktlicher...“ brachte er mit belegter Stimme heraus.

Sie nahm ihm die Mütze aus der Hand und legte ihren Arm leicht auf seine Schulter.

„Tag, Bert, heute ist es wieder kalt, wie? Ich habe ordentlich eingehetzt. Wir müssen langsam wieder ins Geleise kommen...“

Ins Geleise kommen, sagte sie — das war das rechte Wort. In all diesen Wochen, besonders in der letzten, ging es kreuz und quer, man hegte sich selber davon. Nun sollte alles ins Geleise kommen. Natürlich, sie meinte nur den Haushalt, sein Frühstück, die ordentliche Küche, den Sonntagsbraten — ihre Worte packten auch auf das andere. Auf alles, was er vergessen mußte.

In der Küche setzte er sich burschikos und freimütig auf den ersten Stuhl, der ihm in den Weg kam.

„Und da liegt er im Wäschekorb, das ist also mein Sohn...“

Erstaunt lachte Annie vor sich hin — so redselig kannte sie ihren Mann ja gar nicht. Gleich darauf verfolgte sie sein Vorhaben gespannt — weshalb bläkte er in alle Ecken, als luche oder fürchte er etwas? Hatte er ihre Anwesenheit vergessen? Er sprach doch ununterbrochen mit ihr, hatte ihr auf dem Flur einen Fuß gegeben, und nicht einmal nach Bier gerochen.

(Fortsetzung folgt.)

Die „Gutehoffnung“ der Unternehmer.

Wie entstehen jetzt zehn Prozent Dividende?

Die Handelspresse berichtete in diesen Tagen zwei nüchterne Tatbestände:

Am 17. September wurde gemeldet, daß die Gutehoffnungshütte Oberhausen A.-G. 1215 Bergleute und Kofereiarbeiter „infolge schlechten Absatzes“ entlassen mußte, zwei Zechen wurden gänzlich stillgelegt.

Am 1. Oktober wurde gemeldet, daß die Gutehoffnungshütte Aktienverein, Rürnberg (Aktienverwaltungsgesellschaft der Familie Hamiel), ihre Dividende für das Geschäftsjahr 1929/30 von sieben auf zehn Prozent erhöhen könne, weil der Reingewinn der Tochtergesellschaft in Oberhausen von 3,94 auf 5 Millionen Mark gestiegen sei. Diese Gewinnquote entspreche dem Durchschnittsgewinn der Montanindustrie — wurde offiziell hinzugefügt!

Was in Wirklichkeit bei der Gutehoffnungshütte vor sich geht, ist nur im Zusammenhang zu verstehen.

Die Vorgeschichte der Gutehoffnungshütte beginnt um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Damals entstanden bei Oberhausen im Rheinland drei Hütten. Sie vereinigten sich im Jahre 1808 zur Firma: Hüttengewerkschaft und Handlung Jacobi, Hamiel u. Hunsen. Im 19. Jahrhundert wurde aus diesem Unternehmen ein bedeutender Schwerindustrieller Konzern.

Die Stammbetriebe jenes Konzerns, dessen Vermögen heute im zweiten Jahrhundert in der Familie Hamiel liegt, wenn auch in bald hundert Teile zerstückelt, sind die folgenden:

Steinkohlenbergbau: 7 Zechen bei Oberhausen und Essen;

Erzbergbau: Gruben im Lahn- und Siegbiet und in Burgund;

Hütten und Walzwerke: Hochofen und Stahlwerke, Preß- und Hammerwerke in Oberhausen; Zementfabrik;

Verfeinerungsbetriebe: Werk Stottrade, Fließschiffswerft in Borsum, Drahtwalzwerk in Düsseldorf, Hamiel u. Lueg, Düsseldorf, Blechwalzwerk Altenhundem, Rietenwerk Schwerte;

Tochtergesellschaften und Beteiligungen: Deutsche Werit Hamburg A.-G., Hamburg, Osnabrücker Kupfer- und Drahtwerke, Osnabrück, Eisenbau Essen G. m. b. H., Essen, Maschinenfabrik Augsburg-Rürnberg A.-G., Jahrbücherei Augsburg vorm. Joh. Rent A.-G., Augsburg, Eisenwerk Rürnberg, vorm. A. Tezel u. Co., Rürnberg, Maschinenfabrik Ehlingen A.-G., Ehlingen, Schwäbische Hüttenwerke G. m. b. H., Wasseralfingen, Deggendorfer Werit- und Eisenbaugesellschaft m. b. H., Deggendorf a. d. Donau.

Dazu kommen eigene Handelsorganisation und Beteiligungen an den neuen großindustriellen Gründungen wie Ruhrchemie A.-G., Ruhrgas A.-G., usw., Transportunternehmungen und sogar Beteiligungen an Zeitungen (Münchener Neueste Nachrichten).

Der Besitz der Familie Hamiel ist, wie schon gesagt, in einer Aktienverwaltungsgesellschaft, der Gutehoffnungshütte Aktienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb, Rürnberg, zusammengefaßt.

Den neuen Mächten des Stahlvereins

und ihrer Freunde, wie Werner Carp, Otto Wolff und Rannesmann ist das industrielle Fideikommiß der längst geadelten und bis in die deutsche Diplomatie und in die Ministerialverwaltungen eingedrungenen Familie Hamiel mit ihrem Generaldirektor Reusch zu Oberhausen nicht sehr bequem. Bei den Verhandlungen um das Kohlenyndikat, um die internationale Rohstahlgemeinschaft und um die deutschen Schwerindustriellen Verbände hat sich das immer wieder bemerkbar gemacht.

So jing man an, bei Erbteilungen und bei anderen Gelegenheiten freizwerbende Aktienpakete der Gutehoffnungshütte zu kaufen. Werner Carp (Vorsitzender des Aufsichtsrats bei Thyssen und auch sonst einer der Mächtigen in Rheinland-Westfalen) hat so schon ein ganz beachtliches Paket zusammengebracht. Jetzt antwortet Reusch und die Familie Hamiel auf jene liebevolle Aufmerksamkeit damit, daß sie die Dividende der Gutehoffnungshütte erhöhen. So steigt der Preis dieser Aktie! Wollen „die guten Freunde“ jetzt weiter knusen, dann müssen sie sehr viel Geld anlegen, wenn sie überhaupt noch Aktien bekommen, denn einzelne Ruhmehrer des weitverzweigten Hamielvermögens, die neuerdings Verkaufslust gezeigt haben, werden das sich jetzt noch mal überlegen.

Eine besonders feine Bosheit in diesem Kampfe um die Machtverteilung in der deutschen Schwerindustrie ist, daß die Gutehoffnungshütte mit der Erklärung der erhöhten Dividende zugleich bemerkt, daß die von ihr erzielte Gewinnquote dem Durchschnittsgewinn der Montanindustrie entspreche.

Da ist für einen Augenblick der Schleier zerissen!

Der Arbeiter und Angestellte, der nichts anderes mehr von den Unternehmern hört als: Lohnabbau! Stilllegung! erdrückende Steuern! tödliche Soziallasten! — er staunt. Sollte da doch manches nicht stimmen? Er hat mit seinem Mißtrauen durchaus recht! Eines Tages werden sich die Hamiel, Reusch, Carp, Wolff und Rannesmann doch noch einig werden. Dann werden die Bilanzen wieder sorgfältig zugebuddelt und übrig bleibt wieder der harmonische Chorgesang von der allgemeinen Unternehmervereinerung, die selbstverständlich nur dann behoben werden kann, wenn der verd. . . . Parlamentarismus unter gütiger Assistenz der subventionierten Nationalsozialisten mit samt der Sozialgesetzgebung und der Sozialdemokratie beseitigt worden ist.

Kurt Heimig.

Der Berliner Arbeitsmarkt.

Berliner Rückgang der Arbeitsuchenden.

In der zweiten Septemberhälfte sank nach dem Bericht des Landesarbeitsamts Brandenburg (Berlin, Brandenburg und Grenzmark) die Zahl der Arbeitsuchenden um 13364 auf 453451 Personen. Diese Entlastung, die infolge des Einsetzens der Hochfruchtperiode saisonmäßigen Charakter trägt, ist bei dem riesigen Umfang der Arbeitslosigkeit natürlich kaum spürbar. Die Gesamtzahl der Unterstützungsbezieher lag mit 291567 noch um 166418 Personen höher als Ende September vorigen Jahres. Vor zwei Jahren betrug die Zahl der Unterstützungsbezieher zur gleichen Zeit sogar nur 90927 Personen.

Im einzelnen waren in Berlin 354075, in Brandenburg 94604 und in der Grenzmark 4772 Arbeitsuchende vorhanden. Rund 224000 Personen bezogen Ende September in Berlin Unterstützung durch die Arbeitslosenerwerbsversicherung. Befehende Konjunkturmomente waren in der Industrie noch nicht festzustellen. Bei den Siemens-Werken haben Neueinstellungen stattgefunden, die sich aber überwiegend auf weibliche Arbeitskräfte beschränkten. Im Gegensatz hierzu setzte infolge Beendigung von Neubauten bei den Arbeitsnachweiser der Bauarbeiter ein neuer Zustrom von Arbeitsuchenden ein. Im Spinnstoffgewerbe war die Entwicklung durchaus ungleich. So standen in der Tuchindustrie Neueinstellungen bei einigen Betrieben Entlassungen in anderen Werken gegenüber. Im Bekleidungs-gewerbe und in der Schuhindustrie blieb der Beschäftigungsgrad ungünstig, dagegen hat sich in der Papierindustrie die Nachfrage nach Arbeitskräften gehoben.

Neues Gold ins Ausland.

35 Millionen nach Paris / 17,5 Millionen nach Amsterdam.

Die Reichsbank hat wegen der ununterbrochen fortwährenden Devisennachfrage, die den französischen Franken- und den holländischen Guldenkurs erhöhen, wieder Gold versenden müssen. Nach Paris gingen gestern neue 35 Millionen, nach Amsterdam 17,5 Millionen.

Das Warnungszeichen der Diskonterhöhung, die den Kredit für die Devisenansforderungen verteuert, hat also zunächst noch keine Wirkung gehabt. Die Kapitalflucht und die ausländischen Kreditföndigungen, die die Ursache sowohl der letzten Diskonterhöhung, als der Kursstürze an der Börse, als auch der Gold- und Devisenverluste der Reichsbank sind, dauern also noch fort. Der Preis, der für die Hitler-Wahlen gezahlt wird und der mit der Verteuerung des Kredits auch die Wirtschaftskrise noch sehr verschärft, wird immer höher. Die Reichsbank wird bald vor der Frage stehen, eine Kreditrestriktion vornehmen zu müssen. Wenn heute der 500-Millionen-Kredit des Reiches unterzeichnet wird, werden die Devisenreserven der Reichsbank allerdings wieder aufgefüllt.

Eisenschwamm erzeugt Arbeitslosigkeit . . . und zerstört die Konkurrenzfähigkeit der Verarbeiter.

Der Septemberbericht des Eisen- und Stahlwaren-Industriellenbundes meldet eine neue Verschlechterung gegen den Monat August. In dem Bericht heißt es über die Auswirkung der hohen inländischen Eisenpreise:

„Der hohe Inlandspreis für fast sämtliche Eisenorten und der außergewöhnlich niedrige Auslandspreis schwächt die inländische Eisenschwammindustrie immer mehr in dem ohnehin schon außerordentlich starken Konkurrenzkampf mit den ausländischen verarbeitenden Werken.“

Hier hat endlich eine Unternehmerorganisation den Mut, zu sagen, was ist.

Ferner stellt der Bericht fest, daß die Arbeitslosigkeit durch diese künstliche Hemmung in der Konkurrenzfähigkeit in den Hauptgebieten der Industrie (Hagen und Rempe-Ruhrkreis) immer größer wird und jetzt, gemessen an der Bevölkerungszahl, die höchste geworden ist. Die Stadt Hagen ist nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft das durch die Wohlstandslasten für die Erwerbslosen entstandene Defizit zu decken. In anderen Gemeinden des Bezirks ist die Lage ähnlich.

Der Gummitrust baut aus. Die Continental Gummierwerke A.-G. in Hannover, die in der deutschen Gummireifenindustrie fast eine monopolartige Herrschaft ausübt, muß von der Preissturz auf den Rohgummimärkten mächtig profitiert haben, denn das Unternehmen will jetzt mit größter Beschleunigung einen Ausbau seiner Fabrikanlagen vornehmen. Allein die Kosten für den Grundstückskauf und gewisse Betriebskosten an die Reichsbahn belaufen sich auf rund 750000 Mark. Die hohen Preise, die das Gummireifen-Kartell unter Führung der Continental-Gesellschaft der deutschen Autoindustrie aufzwingen, müssen also bei den billigen Einkaufsmöglichkeiten der Gummilindustrie auf dem Weltmarkt die Profitrate ganz beträchtlich gesteigert haben.

Bananen bringen weniger Gewinn. Der große Weltbananentrust — United Fruit Company — meldet für das dritte Quartal 1930 „nur“ 155 Millionen Dollar Gewinne gegen 754 Millionen Dollar im dritten Quartal 1929. Die ersten drei Quartale brachten „nur“ 11,65 Millionen Dollar Gewinn (rund 50 Millionen Mark) gegen 16,88 Millionen Dollar in der gleichen Zeit des Vorjahres.

44,1 Millionen organisierte Arbeiter. Nach dem sechsten Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes beträgt die Zahl der organisierten Arbeiter auf der ganzen Erde 44,1 Millionen, wovon 35,3 Millionen auf Europa und 6,9 Millionen auf Amerika entfallen. Freigewerkschaftlich sind 19,8 Millionen, kommunistisch 11,7 Millionen und konfessionell 2,1 Millionen Arbeiter organisiert, während 10,1 Millionen sich auf verstreute Splitterorganisationen verteilen.

Industrieller Millionenaufruf für den Lokomotivbau. Die Lokomotivfabrik Henschel und Sohn Akt.-Ges. in Kassel hat in scharfem Wettbewerb mit der internationalen Konkurrenz von der indischen Staatsbahnverwaltung einen Auftrag auf 61 Lokomotivlokomotiven erhalten. Da das Unternehmen dieser Tage auch von der Reichsbahn 20 Lokomotiven in Bau erhalten hat, ist die Belegschaft der Kesselfabrik bis etwa Februar voll beschäftigt.

Neue kommunal-Schuldensicherungen. Die Landesbank der Rheinprovinz stellt einen Betrag von 3½ Millionen reichsmarkensicherer Hypothekensicherungen auf dem Geldmarkt zum Kurs von 94½ Proz. zum Verkauf. Einzelheiten über die Zeichnungsbedingungen im Infanterienbl.

Schlesische Textil Sorgen.

Millionenverluste in der Leinenindustrie.

Die A.-G. für Schlesische Leinenindustrie (vorm. C. G. Kramsta und Söhne), Freiburg i. Schl., hat auch das am 31. Dezember zu Ende gegangene Geschäftsjahr 1929 mit einem Verlust, und zwar in Höhe von 1,29 Millionen abgeschlossen. Dieser Verlust ist zwar um eine Million niedriger als im Vorjahr (2,29 Millionen), aber mit den früheren Verlustvorläufen erreicht der Gesamtverlust die Höhe von 4,18 Millionen, das sind mehr als 50 Proz. des Aktienkapitals von 7,78 Millionen.

Ob der Grund für diese Entwicklung in diesem Falle allein in der schlechten Lage der Textilindustrie infolge der Kaufkraftminderung der breiten Schichten zu suchen ist, wie es im Geschäftsbericht heißt, möchten wir doch bezweifeln. Zurückzuführen ist die Behauptung, daß die „aufgezwungene Lohn-erhöhung wesentlich zur Verschlechterung beigetragen habe. Aber die sinnlose achtwöchige Ausperrung hat zweifellos zu großen Ausfällen geführt, wie der Geschäftsbericht andeutet. Und die im Gange befindliche Umstellung des Betriebes mit Teilstilllegungen scheint noch nicht in wünschenswerter Weise Erfolg gehabt zu haben; infolge der Stilllegung der Spinnereien ist nämlich der Umsatz anderer Abteilungen (Barnbleiche u. a.) zurückgegangen, so daß hier zugefügt wurde, was durch die Stilllegungen gespart wurde. Die Zusammenlegung der Weberei in den Sollenhainer Betrieb soll nährbringend gewesen sein.

Der Umsatz ist wertmäßig um 20 Proz. zurückgegangen, ist also mengenmäßig, da die Preise gefallen sind, noch stärker hinter dem Vorjahr zurückgeblieben. Der Preisrückgang hat dazu geführt, daß auf die Vorräte 0,15 Millionen nachträglich abgeschrieben wurden; mit Rücksicht auf den zu erwartenden weiteren Preisfall wurden weitere 0,26 Millionen Sonderabschreibungen eingeleistet. Neben diesen Posten haben zur Verschlechterung des Ergebnisses die Zinslasten auf 6,62 Millionen Bankschulden und Flachsbaurekredite ganz wesentlich beigetragen, ohne daß sie besonders ausgewiesen wurden. Da der (verhältnismäßig billige) Flachsbaurekredit des Reichs von der Leinenindustrie nur gerade zur Hälfte ausgenutzt ist, ist der Hauptposten dieser Schulden der teure Bankkredit. Der gesamte Verlust wird mit 4,14 Mill. Mt. auf neue Jahresrechnung vorgetragen.

4,36 Mill. Verlust der Schlesischen Textilwerke A. G.

Wie sehr die Dinge bei der schlesischen Leinenindustrie im argen liegen, zeigen der gleichfalls jetzt bekannt gewordene Millionenverlustabschluß der großen Landeshütten Leinenfabrik, Schlesische Textilwerke Rethner u. Frahne A.-G. Die Gesellschaft, die schon durch das vergangene Jahr mit einem Verlust von über 2 Millionen Mark vorbelastet war, hat in dem am 30. Juni abgeschlossenen Geschäftsjahr 1929/30 einen weiteren Verlust von 2,28 Millionen ausgewiesen, so daß der Gesamtverlust mit 4,36 Mill. Mark nunmehr fast die Hälfte des Aktienkapitals erreicht hat.

In diesen ruinösen Verlustabschlüssen trägt aber nicht allein die Wirtschaftskrise schuld, sondern die in der schlesischen Leinenindustrie herrschende Zerstückelung hat die Krisenwirkungen zweifellos erheblich verschärft. Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Konzentration ist von schlesischen Leinenindustriellen schon in den vorhergehenden Jahren und auch jetzt wieder auf der General-

versammlung des Kramsta-Konzerns betont worden. Es wird aber Zeit, daß die Industriellen ihren Worten endlich einmal die Tat folgen lassen.

Fischfang bringt 14 Proz. Dividende.

Der Abschluß des Nordsee-Fischerei-Trusts.

Die Verschmelzung der führenden Fischereiu nternehmungen zu dem Nordsee-Fischerei-Trust in Hamburg ist für die Beteiligten ein gutes Geschäft gewesen. Nach dem jetzt vorliegenden Abschluß des Trusts ist der Rohgewinn von 6,25 auf 7,45 Millionen gestiegen und aus dem Reingewinn von 3,37 Millionen wird eine von 12 auf 14 Proz. heraufgesetzte Dividende ausbezahlt.

Die gesamte Flottille des Unternehmens setzt sich nach dem Bericht zur Zeit aus 113 Hochsee-Fischdampfern, 4 Hochsee-Motorschiffen und einer kleineren Zahl Schlepper und Leichter zusammen. Durch weitgehende Einschränkung der Fangverläufe im Ausland konnten die Fischmärkte in Cuxhaven und Wesermünde reichlich beliefert werden, so daß der Bedarf des gestiegenen Inlandkonsums gedeckt werden konnte.

Natürlich wird auch in dem Bericht dieses Unternehmens, wie man es bei den anderen Großfischereien schon gewohnt ist, gegen die Belastungen durch die Seemannskasse Sturm geblasen. Die Herren der Verwaltung vergessen offenbar ganz und gar, daß die Arbeit der Mannschaften auf den Fischdampfern zu den schwersten und gefährlichsten Berufen überhaupt gehört, und daß Fischereifahrer und Dividendenauschütten leichter und angenehmer ist, als ständig den Unbilden und Tücken der Elemente beim Fischfang ausgesetzt zu sein.

Noch ein Markenartikel verbilligt.

Nach Persil — Rathreiners Malzkaffee.

Auf dem Gebiete der Markenartikel ist jetzt eine zweite (1) Preislenkung zu verzeichnen. Mit Wirkung vom 10. Oktober wird der Preis für Rathreiners Malzkaffee von 55 auf 50 Pfennig je Pfund und von 28 auf 26 Pfennig je Halbpfund herabgesetzt.

Die Fabrikanten von Markenartikeln, die einer allgemeinen Preislenkung bisher immer ausgewichen sind, verstehen sich ausgezeichnet auf Reklame. Jede einzelne Preislenkung wird der Öffentlichkeit bombastisch angekündigt, als ob eine Schwalbe schon einen Sommer mache oder ein bis zwei Preislenkungen bereits den Markt beleben könnten. Wir registrieren diese zweite Preislenkung für Markenartikel und warten auf die nächsten.

Hohe Zulegewinne. Die Jute Spinnererei und Weberei Kassel hat die schwere Depression auf dem Weltjute markt kaum zu spüren bekommen. Bei einem Reingewinn von 140000 M. ist die Gesellschaft in der Lage, die hohe Dividende von 12 Proz. an die Aktionäre auszuschütten. Im vergangenen Jahre wurde eine Dividende von 15 Proz. verteilt. Wie die Jute verarbeitende Industrie in Deutschland von der Kriesspanne zwischen den so stark gesunkenen Rohjutepreisen auf dem Weltmarkt und den nur unwesentlich gesunkenen Inlandspreisen für Jutefabrikate (Tüde usw.) profitiert, geht daraus hervor, daß eine 12prozentige Dividende bei nur 50prozentiger Ausnutzung des Betriebes herausgewirtschaftet werden konnte.

Heinrich Hemmer: Bei den Kleinen

Wir sind alle gleich geboren.

„Schade, daß wir nicht alle gleich geboren sind,“ sagte ich zu Gennie, und das waren herglose Worte, denn Gennie war ein liebes, junges Mädchen, und ich hätte mich den Teufel selber sollen um die öffentliche Meinung von USA, und die mißbilligenden Blicke der New-Yorker, jedesmal wenn wir zusammen ausgingen. . . Damals, damals, als ich und die Welt noch jünger waren.

„Aber wir sind doch alle gleich geboren,“ sagte Gennie und zog mich mit sich fort: „Komm, ich will es dir zeigen.“

Wir gingen durch Straßen, die keine Spur von Eigenart einer fremden Menschenrasse aufwiesen, kein Sonnenstrahlchen neben afrikanischen Gesichtern, kein leises Anzeichen von Schönheitsfimmel, wir gingen durch ein Großstadtproletariat in Schwarz, und in den Fensterhöhlen lagen diese schwarze Weiber auf die Brust gestützt und glotzten oder wiefen mit dem Finger nach mir: „Es schneit, es schneit,“ rief eine, „hier kommt der Schneemann.“

Wir liefen vor dem Regentankhaus: dort rollten rollschwebende kleine schwarze Herger und Ringelreihenspiele: „Do ba — naco — la, ge — ne me, ge — ne me.“ Das ist der einzige Sprachrest, der den Kleinen überliefert wird, und niemand hat eine Ahnung, was das bedeuten mag.

„Sieh dich mal um,“ sagte Gennie, „als wir in eine Wochenbettstube traten. Da lagen sie, die kleinen Nigger, braun wie Schokolade, in sauberen, schneeweißen Bettchen, wie Rohrentöpfe mit Schlagschne in der Konditorei. Aber sie vertrockneten sich vor meinem Anblick, so daß nur noch ein paar rabenschwarze Vokalfingerringel oder ein festgefrorenes Pechhöpfchen hervor guckten. . . Gennie zog mich gleich weiter in einen smelten Saal: und da sah ich zu meinem Staunen, daß sie recht hatte.“

Hier lagen die Neugeborenen. Ist es möglich: wahrhaftig, die Neugeborenen werden weiß geboren; genau so „weiß“ wie wir. Da lagen rundliche, kresbrote, kleine Häufchen Unglücks wie unsere eigenen Babys und lutschten an rosaroten Daumen. Alle Schottierungen sah ich, denn die kleinen Neugeborenen dunkeln Tag für Tag nach wie besichtigtes Photopapier — erst nach drei Wochen haben sie die richtiggehende Schokoladefarbe erhalten.

„Du hast recht,“ sagte ich zu Gennie. „Wir sind alle gleich geboren.“ — Aber die sich daraus ergebenden Schlüsse zog ich dennoch nicht. . . damals, damals, als ich und die Welt noch jünger waren.

Wer braucht die Gouvernante am nötigsten?

Auf dem Kinderspielplatz am Zoo sehe ich des öfteren einen wirklich netten Knaben, den eine etwas überbesorgte Gouvernante immer streng zurechtweist, wenn er im Eis der modernen Spiele — welches da namentlich sind: das Billeto und das Revolutionspiel — über die Grenzen des Erlaubten, d. h. das von der Gouvernante als zu erlaubten Betrachteten, geht. „Willy wird in einem fort dirigiert, governiert, und es wird mit ihm remonstriert, obwohl dieser Willy ein sehr selbständiger, sehr einsichtsvoller, durchaus vernünftiger Junge ist, der niemals etwas tut, das ihm oder anderen Schaden könnte.“

„Fräulein,“ sagte ich da einmat zu der Gouvernante (ich spreche oft viel zu viel) . . . „Fräulein . . . ich habe die größte Hochachtung für ihre Tätigkeit, die sicher zum Segen gereichen würde. . . wenn sie an richtiger Stelle, ich meine bei der Person angewandt würde, die ihrer am meisten bedarf. Für so einen „unreifen“ Knaben wie

Willy z. B. ist es ganz gut, wenn er frühzeitig seine eigenen Erfahrungen mit dem Leben macht. Das Praktikum, das Leben, wird ihn besser erziehen als Sie es zu tun vermögen. Dagegen gibt es Menschen im sogenannten reifen Alter, die sich nicht halb so gut vor den Gefahren des Lebens zu schützen vermögen, wie dieser Willy. Ich zum Beispiel, ich brauche dringend eine Gouvernante. Jemand Sanft-Wachsam, der mich davon zurückhält, daß ich da oder dort hineintappe, die Grenzen des Erlaubten überschreite, jemand Anteilnehmender, der mir sagt, ob ich zu wenig oder zuviel gearbeitet habe oder herumgelaufen bin. Jemand freundlich Besorgten, der sieht, daß ich zur Zeit nach Hause komme, nicht mehr esse und trinke, als mir zuträglich ist, nicht das eine über das andere vergesse, jemanden liebe, der mir eventuell das Halstuch umbindet oder den Rock auszieht. . . Lassen Sie den Willy in Ruhe, Fräulein, und passen Sie auf mich auf, dann geht's uns beiden besser.“

Zu einer Antwort kam das also angesprochene Fräulein nicht, denn es kam alsdann einer jener „armen“ jungen Leute heran, die von jungen Damen ganz besonders favorisiert werden müssen, damit sie das Leben ertragen. Die Gouvernante machte dem jungen Mann Platz, erkundigte sich voll teilnehmender Liebe nach dem Befinden und allen den kleinen Erlebnissen des Herrschens seit dem gestrigen Tag. . . und ich und Willy verzogen uns gemeinsam: beide zugleich begreifend, wenn auch mit keinem Worte erwähnend, daß die dritte die Gouvernante am nötigsten hatte.

Das rote Licht.

„Vor langer, langer Zeit, als ich so ein kleines Mädel war wie du,“ sagte die etwas übertrieben aufgeregte und -geputzte Mutter und drückte ihr Kind wehmütig an die Brust, wie es eine Mutter tut, die ihr Kind nur immer für Stunden sieht und ihm dann alles sein, alles geben, alles kaufen möchte, die ganze Welt. . . „als ich ein kleines Mädel war, hab ich auch immer so gerne ins rote Licht geguckt wie du.“ Die Mutter sah auf eine rote Laterne, am Hause gegenüber, die das Kind unverwandt betrachtete, und über dem es all die neugelaufenen Spielsachen vergaß. Und dann erzählte die Mutter dem Kinde eine kitschig-rührselige, unwahrscheinlich klingende Geschichte. . . wie sie als junges Mädchen, in einem einsamen Bahnhofsrestaurant allein gelassen, das grüne Signallicht gegen ein rotes vertauscht hatte, weil die rote Scheibe ihr eine so unaussprechliche Freude machte, wie nichts auf der Welt. . . dadurch hatte das Bahnhofsrestaurant den Gipsch von Stehen gebracht und es bekam Drecksche wie noch nie. In der Folge stellte sich jedoch heraus, daß unweit von der Haltestelle die Schienen aufgerissen und der Bahnhofsrestaurant geteilt worden war. . . Und nun bekam das kleine Mädel viele, viele Geschenke, Goldkugeln, Ketten, Ringe, und als sie erwachsen war, zog die Mutter mit dem Gelde in die Stadt. Und dann. . . dann. . . ? „Das rote Licht und das rote Gold haben mir kein Glück gebracht,“ schloß die Mutter, „darum will ich nicht, daß du in das rote Licht guckst,“ und sie zog ihren bunten Mantel schützend um das Kind.

Wohlgemut wurde das kleine Mädchen von einer älteren mütterlichen Person abgeholt. Die Mutter verstand dann in dem Hause gegenüber mit dem roten Licht. Ich blieb noch eine Weile im Café sitzen. Als ich auf dem Heimweg an dem Hause vorüberkam, sah ich, was das rote Licht bedeutete. Es war das Emblem für ein sehr feindlich aussehendes „Freudenhaus“. Man spielt wohl ungefragt mit dem Schicksal nur solange man wirklich ein Kind ist.

Helbing-Bauer:

Hexenverfolgungen in der Gegenreformation

„In den katholischen Stiften und Bistümern“, schreibt D. Wächter, „sollen die meisten Verurteilungen in die Zeit der Gegenreformation. Im Trierschen Bistum blieben unter dem Bischof Johann bei einem großen Hexenprozeß im Jahre 1585 in zwei Ortschaften nur zwei Personen am Leben, und es erlitten aus den 222 Dörfern in der Nachbarschaft von Trier von 1587 bis 1593 überhaupt 386 Personen den Tod. Im Stift Paderborn wurde seit 1585 die Hexenverfolgung betrieben; die Stadt Vemgo erwarb sich von 1580 bis 1670 durch ungemein viele Hexenprozesse den Beinamen „Das Hexennest“. In dem Stiftdom zu Bamberg, dem Bischof von Breslau gehörig, wurden schon 1551 nicht weniger als 8 Henker gehalten. Im Bistum Bamberg begannen die Hexenprozesse im Jahre 1625. Hier wurden 600 Menschen als Hexen, Zauberer und Teufelsbanner verbrannt; dies meldet eine 1659 mit bischöflicher Genehmigung zu Bamberg gedruckte Schrift. Unter den Hingerichteten werden angeführt: „Der Conzler und Doktor Horn, des Conzlers Sohn, sein Weib und zwei Töchter, auch viele vornehme Herren und Ratspersonen, besonders etliche Personen, die mit dem Bischof an der Tafel geseßen. . . Es sind etliche Mädchen von 7, 8, 9 und 10 Jahren unter diesen Zauberinnen gewesen; deren 22 sind hingerichtet und verbrannt worden, wie sie denn auch Zettel über ihre Mütter geschrieben, die sie solche Teufelskunst gelehrt haben. Und hat die Zauberei so überhand genommen, daß auch die Kinder in den Schulen und auf der Gassen einander gelehrt haben.“ Der letzte Satz zeigt zur Genüge, wie weit im 17. Jahrhundert, das man die kaffische Zeit der Hexenverfolgungen nennen könnte, dieser Wahnsinn gehoben war.

In Hamburg wurde bereits 1440 eine maulier divinatrix (Weissagerin) und eine andere incantatrix (Zauberin) verbrannt. Auch aus dem Jahre 1458 wird die Verbrennung eines Weibes erwähnt. Die nächste Hinrichtung eines Zauberweibes fällt in das Jahr 1482. Später ist bis zum Jahre 1524 nur ein einziger Fall bekannt, bei dem statt des richtigen Prozeßverfahrens ein Willkürverfahren stattfand; es betrifft die Hinrichtung des ersten Märtyrers der Reformation, Heinrich von Züpphen, der am 11. Dezember 1524 verbrannt wurde. Anders wurde es, als die Tortur in Hamburg ihren Einzug hielt. Sogleich begannen die Hexenverfolgungen und Hinrichtungen. Der erste Fall, wo in der Altstadt die Tortur zur Anwendung kam, war zugleich der erste Fall einer früheren Hexenverfolgung. Von 14 in Haft genommenen Hexen wurden 2 zu Tode gemartert. Vier wurden lebendig verbrannt, was später noch häufig vorkam. Aus Lübeck werden nur drei Fälle aus den Jahren 1551, 1581 und 1591 gemeldet. Besonders wütete der Hexenschrecken im Elsaß. Am 15. 19. und 28. Oktober 1592 wurden in Straßburg nicht weniger als 134 Frauen verbrannt, und in dem Städtchen Thann allein von 1572 bis 1620 136 Frauen, darunter Greisinnen von 90 und 92 Jahren. Einzelne Verurteilte wurden auf dem Wege zur Richtstätte alle 100 oder 1000 Schritte mit glühenden Zangen gewickelt oder an dem Schweif junger Pferde zum Scheiterhaufen geschleift. Wie sich die Henkerarbeit hier mit der Zeit entwickelte, bezeugt die Tatsache, daß von 1615 bis 1635 im Bistum Straßburg 5000 Hexen den Tod fanden. Ebenso ging es in Flandern zu, und überall wurden mittels der Tortur die Aussagen erpreßt.

Mit besonderem Eifer wurde in der Schweiz die Hexenverfolgung betrieben, hauptsächlich in den romanischen Kantonen. Das von dem strengen Calvin am mächtigsten beeinflusste Genf nahm hierbei die erste Stelle ein. Die nach Calvins Weisungen aufge-

stellten blutigen Gesetze waren „kaum anwendbar auf fehlbare Menschen dieser Erde“.

Namentlich zu Anfang des Jahres 1545 häuften sich die Verhaftungen und Prozesse in erschreckendem Maße. Der Kerkermeister erklärte am 6. März dem Räte, daß jetzt alle Gefängnisse der Stadt überfüllt seien und er fernerhin Verhaftete nicht mehr unterzubringen wisse. Dabei war das gegen die Verhafteten angewandte Verfahren entsetzlich. Man zwang sie mit glühenden Zangen, man mauerte sie ein und ließ sie verfaulen, wenn sie kein Geständnis ab-

Richard Gerlach:

Der Laubengartenzaungast

Eine unmögliche Sache: die Mietkassernenbewohner in ihren Heimaterkassernen auch noch zu beneiden?

Erstens: bitte, es gibt hochherrschoschliche Laubengärten. An der Pforte ein lackierter Briefkasten und ein Wellingschild. Ein feudales Wochenendhaus unübersehbar gebettet in Rhododendron und Oleander. (Aber da kann ich mich auch irren.) Jedenfalls mit fahrbaren Liegestühlen und kostbaren Gardinen. Von einer kompletten Parkvilla beinahe nicht zu unterscheiden.

Zweitens: Besitz bleibt Besitz, und wenn dem Habenichtes verwehrt sein soll, über den Zaun zu gucken, was soll er denn dann?

Ich schätze mich glücklich, zwischen Drahtgestrich und Eigelbchen spazieren zu gehen. Der gestampfte Kots zerkratzt unter den Sohlen. Freilich habe ich stets ein schlechtes Gewissen, wenn ich in ein unbekanntes Laubengarten einbringe. Denn man weiß nie, ob man eigentlich berechtigt ist oder nicht. Zumal wenn das Obst reift, durchbohrt einen mander mißtrauliche Blick. Die alteingesessenen Kolonisten merken doch gleich: der gehört nicht dazu, der will bloß mal spionieren, ob meine Birnen schon reif sind. . .

Daß man aus rein ästhetischen Motiven unter Knollen und Kohlstrümpfen wandelt, das ließe sich so leicht niemand aufbinden. Die Argwohnischen lassen sich zunächst nur nicht zu Täuschlichkeiten hinreißen, weil sie vermuten, daß ich wahrscheinlich meine Tante besuchen wolle. So rettet mich eine Tante, die ich gar nicht habe. . .

Der Laubengartenzaungast ist ein überlanges und haarsträubendes Wort. Und was es bedeutet, ach, du lieber Gott.

Aber nun meine Rechtfertigung: ich brauche nicht erst ein Vermögen für ein Beförderungsmittel auszugeben, ich atme in ziemlicher Nähe meiner Wohnung relativ wunderbar unverbrauchte Luft. Blumen blühen da, die alle illustrierten Kataloge von Erfurt und Haarlem übertrumpfen.

Oben wird das Drahtgestrich der Umzäunung gewöhnlich noch durch einen besonders liebevollen Stachelstrauch umrankt. Ist auch den Händen und Hosendöden der Zutritt mißgönnt, lauern auch in den scheinbar harmlosen Beeten künstliche Fußangeln und mörderische Selbstschüsse, so hindert doch keine rohe Hinterlist die Augen, sich alles Schöne anzusehen. Ein Hauptsatz der Kunsttheorie verlangt, um zum wahren Genuß zu gelangen, wunschloses Sichverfensen. Ebenso soll, wie ich ein altes Delgemälde betrachtete, fähig ich mich standhaft den safranfarbenen Riesentrübissen, den zart-

legten, und erkann zu diesem Behufe alle möglichen anderen Torturmittel. Es ist vorgekommen, daß Ringelglocke neunmal die Marter der Strapade (Bippgalgen) ertragen mußten. „Aber welche Pein man ihnen auch antut“, klagt das Ratsprotokoll einmal, „so wollen sie die Wahrheit doch nicht bekennen.“ Mehrere der Unglücklichen endeten während oder bald nach der Tortur unter Bezeugung ihrer Unschuld; andere gaben sich, um den furchtbaren Qualen der Kerkerhaft und der Tortur zu entgehen, aus Verzweiflung selbst den Tod, „auf Eingebung des Satans“, wie oft hinzugefügt wird. Der Arm des Henkers ermattete unter der Last der Arbeit, die, wie er am 18. Mai 1545 dem Rat erklärte, eines Mannes Kraft überstieg. Wurden doch in den wenigen Monaten vom 17. Februar bis 15. Mai 1545 einunddreißig jener Unglücklichen — und unter ihnen des Scharfrichters eigene Mutter — durch Schwert, Scheiterhaufen, Galgen und Bierleitung vom Leben zum Tod gebracht. Und dabei gingen der eigentlichen Exekution meist noch grausame Verstümmelungen der Körper voraus.

(Mit Erlaubnis des Verlages Dr. P. Langenscheidt, Berlin, dem Buch „Die Tortur“ von Franz Helbing und Max Bauer im Auszug entnommen.)

Erste „drahtlose“ Straßenbeleuchtung

Die Technik schreitet heute ungeheuer schnell vorwärts. Was noch gestern ein unerhörtes Wunder war, das von der ganzen Welt mit Recht angefaßt wurde, wird heute bereits in den allgemeinen Dienst der Menschheit gestellt und dient der Bequemlichkeit und dem Verkehr. Man erinnert sich noch, welches ungeheure Aufsehen vor mehreren Monaten der Versuch Marconis gemacht hat, auf drahtlosem Wege von seiner Tante aus eine elektrische Lichtleitung zu entzünden, die viele tausend Kilometer entfernt war. Der Versuch wurde damals als eine unerhörte Leistung betrachtet, wenn man auch feststellte, daß die technischen Maßnahmen dazu die Möglichkeiten schon seit längerer Zeit boten. Es war nicht eine drahtlose Übertragung von Energie auf so weite Strecken, sondern es wurde nur mit Hilfe von Radiowellen eine Vorrichtung ausgelöst, durch die die elektrische Lichtleitung in Tätigkeit gesetzt wurde. Trotdem bedeutete dieser Versuch Marconis einen wichtigen Schritt auf dem Gebiete der Anwendung der Radiowellen. Jedenfalls hätte damals wohl kein Mensch vermutet, daß diese sensationelle Neuerung in kurzer Zeit zum alltäglichen Gebrauch bei der Straßenbeleuchtung einer Stadt verwendet werden würde.

Die Stadt Berlin kann sich rühmen, die erste elektrische Lichtleitung zu besitzen, die täglich auf drahtlosem Wege in Betrieb gesetzt wird. Um ein gleichzeitiges Aufkommen aller Laternen zu ermöglichen, wird in Boston seit einiger Zeit ein Fernschallsystem angewendet, durch das eine drahtlose Bedienung der Lampen möglich ist. An jeder Lampe befindet sich nämlich eine kleine Empfangsstation für drahtlose Wellen von bestimmter Länge. Bei der Beleuchtungszentrale der Stadt ist ein Sender angebracht, der Wellen von der entsprechenden Länge ausstrahlt. Sobald er nun in Tätigkeit tritt, werden an den Empfangsapparaten kleine Hebel in Tätigkeit gesetzt, durch die das elektrische Licht eingeschaltet wird. Auf diese Weise werden überall in der Stadt die Laternen in derselben Sekunde mit Hilfe der drahtlosen Wellen entzündet. Auch die Ausschaltung des Lichtes bei Tagesanbruch erfolgt auf ebenso drahtlose Weise, denn an den Empfangsapparaten befinden sich auch kleine Vorrichtungen, durch die der elektrische Stromkreis automatisch ausgeschaltet wird. Technische Maßnahmen kann man übrigens auch bei Gasbeleuchtung treffen, so daß auch Gaslichtanlagen ganzer Städte mit Hilfe der drahtlosen Wellen ein- und ausgeschaltet werden können. Bei diesen haben die drahtlosen Anlagen noch größere wirtschaftliche Bedeutung, als bei der elektrischen Anlage, die auch mit Hilfe von Drahtleitungen auf weite Entfernung getätigt werden können. Man erkennt daraus, wie schnell die sensationelle Neuerung der Technik in den allgemeinen Dienst der Menschheit gestellt werden. Bisher wird in kurzer Zeit die Anzündung von Laternen auf den Straßen der Städte auf dem bisherigen Wege eine lächerliche und altmodische Einrichtung sein.

Was die Schönheit kostet. Auf dem Kongress der amerikanischen Schönheitspezialisten in New York wurde die Summe, die die amerikanischen Frauen für Schönheitsmittel im Jahre ausgeben, auf insgesamt 40 Millionen Dollar geschätzt. Dabei wurde festgestellt, daß trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Depression sich die Ausgaben für Schönheitsmittel in diesem Jahr gegenüber dem Vorjahr um 30 Proz. erhöht haben.

bädigen Pfirsichen, den Reinetten und Borsdorfern gegenüber. Hineinbeissen ist verboten, lieber Freund. Aber schauen darfst du. Und doch ist der Reiz nicht das einzige, was mich in die Laubengärten treibt. Auch nicht die Aussicht, mich über den Herrn Regierungsinspektor zu amüsieren, der in gestrickter Haltung mit Zauchergelben beschäftigt ist. Sondern dieser nett gehegte Krimstrans gefüllt mir einfach. Die Massenansammlung von Himbeer- und Johannisbeerbüschen, von Kartoffeln und Georginen, von Lilien und Suppenkraut, von Leuzos und Peterlilien, von Blumen und Agrikultur, dieses Gemisch von Großspurigkeit und Nützlichkeit, von Bienenfleisch und Feterabend, — das ist wohlwollend fürs Gemüt.

Auch läßt sich das Praktische mit dem Romantischen verbinden. Zuweilen vertaucht eine tüchtige Frau die Tomaten um fünf Pfennig billiger das Pfund als in den Geschäften. Ritunter sind Pflaumen und Äpfel vorteilhaft zu erwerben, Sonnenblumen oder gewaltige Asternbuketts. Wenn überhaupt, erstehe ich diese Dinge nur widerstrebend, nur als sparsamer Hausvater, der rechnen muß. Nicht gern erniedrige ich die poetischen Jagdgründe zu Markthallen. Sonst müßte ich später beim Spazierengehen stets denken: hier sind dir einmal die steinharten Zwetschen angebracht, dort drüben hat ein schlechtes Weib dir saure Pfirsichen aufgehängt, und von dahinten stammte der Blumentohl mit den Waden. . .

Ich streife lieber am Duft der Dinge vorbei, ich liebe meine Augen am saftigen Grün des Rasens oder am Burgunderrot des wilden Weines.

Wenn mir ein edler Gönner so einen Laubengarten anbietet und spräche: „Nimm ihn mit allem, was darinnen ist!“ — so würde ich schleunigst die Flucht vor diesem Geschenk ergreifen. Denn wenn ich den Garten dann besähe, müßte ich hacken, jäten, graben, düngen, Koll spritzen, Blattläuse ablesen und Wasser schleppen. Und die Früchte meines Schweifes würden schließlich doch unweigerlich gekaut oder die Spähen und Raupen fräßen sie — ich danke.

Unstet und flüchtig ist der Mensch, und wo er es vermeiden kann, dükt er sich nicht gern. Ich spähe mit Wonne über hundert fremde Drahtgitter, und ich habe gar keine Sehnsucht nach einem eigenen.

Ein verwahrloster, unordentlicher Faulenzergarten würde die Nachbarn ja mit Recht ärgern und empören. Nein, ich bin für den Frieden. . .